

1 **Mut. Klarheit. Aufbruch.**  
2 **Neue Wege für Mainz**

3 KOALITIONSVEREINBARUNG  
4 VON SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN UND FDP  
5 FÜR 2009 BIS 2014

6  
7  
8  
9 Ergebnisse der Koalitionsklausur vom 6. Dezember 2009

10

## Inhalt

11	<b>Präambel .....</b>	<b>4</b>
12	<b>1. Bildung und Soziales.....</b>	<b>6</b>
13	1.1 Bildung.....	6
14	1.2 Kinder, Familie, Jugendliche.....	8
15	1.3 Armutsprävention .....	12
16	1.4 Soziale Fördersysteme und Wirkungssicherung.....	12
17	1.5 Diversity/Vielfalt .....	14
18	<b>2. Finanzen und Beteiligungen .....</b>	<b>17</b>
19	2.1 Finanzen und Haushalt.....	17
20	2.2 Umstrukturierung der städtischen und stadtnahen Gesellschaften....	19
21	<b>3. Wirtschaft.....</b>	<b>22</b>
22	3.1 Einzelhandel .....	22
23	3.2 Gewerbeflächen .....	23
24	3.3 Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe .....	24
25	3.4 Medien, Gesundheitsbranche, Forschung und Entwicklung.....	24
26	3.5 Investorenleitstelle .....	25
27	<b>4. Verwaltung und regionale Zusammenarbeit.....</b>	<b>25</b>
28	4.1 Verwaltung.....	25
29	4.2 Regionale Zusammenarbeit.....	26
30	<b>5. Energie.....</b>	<b>27</b>
31	5.1 Beendigung des Kohlekraftwerks-Projekts .....	27
32	5.2 Erneuerbare Energien .....	28
33	5.3 Umweltberatung und Umweltbildung .....	29
34	5.4 Nah- und Fernwärme.....	30
35	5.5 Energieeffizienz .....	30
36	<b>6. Umwelt und Verkehr.....</b>	<b>30</b>
37	6.1 Umwelt.....	30
38	6.2 Verkehr .....	31
39	<b>7. Stadtentwicklung und Bauen .....</b>	<b>34</b>
40	7.1 Masterplan Mainz .....	34
41	7.2 Stadtklima .....	35
42	7.3 Wohnraum .....	36
43	7.4 Barrierefreie Stadt.....	36
44	7.5 Rathaussanierung .....	37

45	7.6	Rheinufergestaltung.....	37
46	7.7	Mainzer Plätze.....	37
47	7.8	Mainzer Häfen .....	37
48	7.9	Naherholung .....	37
49	7.10	Neuordnung Regierungsviertel .....	38
50	<b>8.</b>	<b>Kultur und Denkmalpflege.....</b>	<b>38</b>
51	8.1	Bauhistorie und Denkmalschutz .....	39
52	8.2	Das römische Erbe von Mainz.....	39
53	8.3	Das Kurfürstliche Schloss.....	39
54	8.4	Staatstheater .....	40
55	8.5	Überprüfung von Straßennamen .....	40
56	8.6	Gedenken und Erinnern.....	40
57	8.7	Museen.....	40
58	8.8	Bibliotheken und Stadtarchiv .....	41
59	8.9	Kunst im öffentlichen Raum.....	41
60	8.10	Gestaltung des öffentlichen Raumes .....	41
61	8.11	Wissenschaftsstadt Mainz .....	41
62	8.12	Förderung von freien Projekten und Initiativen .....	42
63	8.13	Kulturelle Treffpunkte für Mainz .....	42
64	<b>9.</b>	<b>Sport.....</b>	<b>43</b>
65	<b>10.</b>	<b>Bürgerschaftliches Engagement / Bürgerinnen- und</b>	
66		<b>Bürgerbeteiligung .....</b>	<b>44</b>
67	<b>11.</b>	<b>Fragen der weiteren Zusammenarbeit .....</b>	<b>46</b>

# Mut, Klarheit, Aufbruch – Neue Wege für Mainz

## KOALITIONSVEREINBARUNG VON SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN UND FDP FÜR 2009 BIS 2014

### Präambel

Mainz ist lebenswert und hat außergewöhnliche Potenziale. In einer einmaligen Kulturlandschaft gelegen und mit seiner beeindruckenden 2000jährigen Geschichte ist Mainz als Teil des Rhein-Main-Gebietes gleichermaßen attraktiver Lebensraum und prosperierender Wirtschaftsstandort. Mainz glänzt als Landeshauptstadt, Hochschul- und Medienstandort, Great Wine Capital, Tourismusattraktion, Sportstadt und Fastnachtshochburg, Kongressstadt und mit vielen anderen herausragenden Anlagen. Die Bürgerinnen und Bürger von Mainz pflegen eine weltoffene und positive Lebensart, die geradezu sprichwörtlich geworden ist.

Die vielfachen Potenziale von Mainz gilt es zu fördern und zu entfalten. Durch die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 haben die Koalitionsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Möglichkeit erhalten, hierzu neue Wege zu gehen und neue Schwerpunkte zu setzen. Diese sehen wir insbesondere darin, die ökologischen Lebensgrundlagen zu schützen, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unserer Stadt zukunftsgerecht weiterzuentwickeln und die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der individuellen Lebensziele und –entwürfe zu optimieren.

Neben den vielen positiven Seiten hat die Stadt Mainz aber auch an der Bürde einer immensen und die Gestaltungsspielräume einschränkenden Überschuldung sowie an strukturellen Defiziten in den städtischen Unternehmen und Beteiligungen zu tragen, die ein entschiedenes Umsteuern unerlässlich machen.

Das neue Bündnis steht daher für einen politischen Neuanfang in unserer Stadt. An die Stelle von punktuellen, selektiven und von Sachthema zu Sachthema differierenden thematischen Bündnissen tritt ein Koalitionsbündnis, das in den kommenden Jahren eine zielgerichtete, abgestimmte und verantwortungsbewusste Politik für Mainz gestalten wird.

Die neue Koalition sieht an diesem Punkt die Chance, mit klar formulierten Zielen und Prioritätensetzungen für die kommenden Jahre eine zukunftsweisende

101 Politik zu gestalten, mit der das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die  
102 Mainzer Kommunalpolitik wieder zurückgewonnen werden kann. Die Politik der  
103 Koalitionsparteien wird geprägt sein durch das Bekenntnis, mit Mut und Klarheit  
104 einen Aufbruch zu bewerkstelligen und neue Wege für Mainz zu gehen.

105 – Die finanziellen Rahmenbedingungen bestimmen maßgeblich die Hand-  
106 lungsfähigkeit unserer Stadt. Die seit Jahren angespannte Haushaltssituati-  
107 on bedingt ein Umsteuern in der Finanzpolitik. Dies erfordert eine nachhal-  
108 tige Haushaltspolitik, welche die Fehlbeträge konsequent zurückführt,  
109 gleichzeitig aber notwendige Impulse setzt. Dabei werden die Koalitionspar-  
110 teien konsequent und systematisch Konsolidierungspotentiale in allen Be-  
111 reichen der Stadt eruieren und realisieren.

112 – Ein weiteres zentrales Element dieser Koalition, auch im Hinblick auf eine  
113 finanzielle Konsolidierung, ist die Neustrukturierung der städtischen Gesell-  
114 schaften. Wir wollen unseren Grundsätzen der Transparenz und demokrati-  
115 schen Mitbestimmung als Ziele einer zentralen städtischen Beteiligungsges-  
116 sellschaft auch hier Ausdruck geben. Stadtnahe Unternehmen sollen auf ih-  
117 re Kernaufgabe zurückgeführt werden. Darüber hinaus sollen die Mitglieder  
118 des Stadtrates in die Lage versetzt werden, eine effizientere Kontrolle und  
119 demokratische Steuerung ausüben zu können.

120 – Durch ein positives Ansiedlungsklima wollen die Koalitionsparteien den  
121 Wirtschaftsstandort stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt den kleinen  
122 und mittleren Unternehmen. Die Koalitionsparteien wollen Selbständigkeit  
123 fördern, Unternehmensgeist stärken und Gründungen erleichtern. Dazu  
124 dient die Schaffung einer Investorenleitstelle.

125 – Die Koalitionsparteien setzen sich für Bildungsgerechtigkeit und gleiche Bil-  
126 dungschancen für alle Kinder und Jugendliche ein, dies unabhängig von  
127 Herkunft und Talent. Wir wollen Bildungspolitik aus einer Hand gestalten,  
128 die Bildung von Anfang an ermöglicht und sicherstellt. Ein bedarfsgerechter  
129 Ausbau der Mainzer Kindertagesstätten und Schulen, die zügige Umset-  
130 zung der anstehenden Sanierungsprogramme sowie eine angemessene  
131 Ausstattung der Bildungseinrichtungen bilden den Schwerpunkt der städti-  
132 schen Investitionen.

133 – Die Koalitionsparteien verpflichten sich zu einer zielgerichteten und wirksa-  
134 men Sozialpolitik, die den Menschen soziale und kulturelle Teilhabe ermög-  
135 licht. Daher wird der Bekämpfung von Armut in unserer Stadt hohe Priorität  
136 eingeräumt.

- 137 – Die Koalitionsparteien werden in den kommenden Jahren eine neue Ener-  
138 giepolitik umsetzen. Die Parteien sind sich einig, dass das Projekt „Kohle-  
139 heizkraftwerk Ingelheimer Aue“ beendet ist. Den Ausbau der erneuerbaren  
140 Energien setzen sich die Parteien als zentrales Ziel in der Energiepolitik.  
141 Die Einhaltung der Ziele des Klima-Bündnisses der Städte wird festge-  
142 geschrieben. Die Koalitionsparteien setzen sich weiterhin für eine verantwor-  
143 tungsbewusste und nachhaltige Umweltpolitik ein.
- 144 – Eine zielgerichtete und abgestimmte Politik soll sich auch in der Stadtent-  
145 wicklung wiederfinden. Mit einem “Masterplan Stadtentwicklung” wird die  
146 Koalition eine Gesamtstrategie in der baulichen, verkehrlichen und wirt-  
147 schaftlichen Entwicklung aufzeigen.

148 Handlungsleitende Motive für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien in den  
149 kommenden Jahren sind die Herstellung von Transparenz und Klarheit bei allen  
150 Entscheidungen sowie eine Stärkung der demokratischen Willensbildung. Wir  
151 verstehen das Ampelbündnis in diesem Sinne als eine ausdrückliche Einladung  
152 an alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, im Schulterschluss mit der Ver-  
153 waltung und unter Beteiligung der verschiedensten Institutionen an der Gestal-  
154 tung und Entwicklung der zukünftigen Stadtpolitik mitzuwirken.

155 Das vorliegende Arbeitsprogramm wurde in zahlreichen Arbeitsgruppen von en-  
156 gagierten Mitgliedern der Koalitionsparteien zusammengetragen und inhaltlich  
157 abgestimmt. Unterschiede in Stil und Umfang der einzelnen Kapitel sind Aus-  
158 druck dieses Arbeitsprozesses und spiegeln nicht notwendigerweise eine Ge-  
159 wichtung wider. Das Arbeitsprogramm insgesamt kann angesichts der gegebene-  
160 nen finanziellen Restriktionen durchaus als ambitioniert bewertet werden. So-  
161 weit haushalterische Restriktionen einzelnen Vorhaben entgegenstehen, wer-  
162 den die Koalitionsparteien eine zieladäquate Alternative umsetzen. Im Vertrau-  
163 en auf den gemeinsamen Willen der politischen Beteiligten und der Verwaltung  
164 sehen wir es jedoch als realistisch umsetzbar an. Hierfür wollen wir gemeinsam  
165 im Stadtrat eintreten.

## 166 **1. Bildung und Soziales**

### 167 **1.1 Bildung**

168 Wir setzen uns für Bildungsgerechtigkeit und gleiche Bildungschancen für alle  
169 Kinder und Jugendlichen ein.

170 Die Mainzer Schullandschaft muss bedarfsgerecht ausgebaut, die Schulen an-  
171 gemessen und zeitgemäß ausgestattet und anstehende Sanierungsprogramme  
172 zügig umgesetzt werden. Diese Projekte haben für uns oberste Priorität. Die  
173 Koalition spricht sich ausdrücklich für eine Gleichbehandlung aller Schularten in  
174 Mainz aus. Angestrebte Maßnahmen sind:

- 175 • Weiterentwicklung der Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung aller  
176 Schularten von der Grundschule bis zur Berufsbildenden Schule.
- 177 • Errichtung einer vierten Integrierten Gesamtschule, vorzugsweise in der  
178 Mainzer Neustadt.
- 179 • Der zweite Bauabschnitt des Gymnasiums in der Oberstadt soll umgesetzt  
180 werden.
- 181 • Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagschulen möglichst in jedem Stadtteil  
182 und in allen Schularten.
- 183 • Zügige Umsetzung aller im Haushalt 2009 beschlossenen Schulsanie-  
184 rungsmaßnahmen.
- 185 • Aktualisierung der Schulsanierungsplanung entlang einer zuvor erstellten  
186 Prioritätenliste unter besonderer Berücksichtigung energetischer Gesichts-  
187 punkte; Verbesserung der Kooperation zwischen GWM und Schulen und  
188 Schulverwaltung.
- 189 • Verbesserung der räumlichen Ausstattung der Schulen (Zusammenführung  
190 der Sophie-Scholl-Schule auf maximal zwei Standorte).

191 Wir setzen uns für die professionelle Weiterentwicklung der Mainzer Schulent-  
192 entwicklungsplanung ein und werden die dazu notwendigen organisatorischen,  
193 fachlichen und personellen Voraussetzungen in der Verwaltung schaffen. Dazu  
194 gehört, dass die Schulverwaltung zukünftig einem hauptamtlich geführten De-  
195 zernat zugeordnet wird. Die Kooperation zwischen Schulverwaltung und Ju-  
196 gendhilfe muss konsequent verbessert und zu einem zentralen Bestandteil der  
197 zukünftigen Arbeit werden. Angestrebte Maßnahmen sind:

- 198 • Die Schulverwaltung muss so organisiert und personell ausgestattet sein,  
199 dass sie vorausschauend planen und agieren kann.
- 200 • Systematische Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen. Um diesen  
201 Prozess zu gestalten, wird die Koalition eine interfraktionelle Arbeitsgruppe  
202 einrichten.
- 203 • Entwicklung eines Konzepts zur systematischen Bildungsförderung und Ar-  
204 mutsprävention von der Geburt bis zum Berufseinstieg in Mainz. Dadurch

205 sollen die Übergänge zwischen aufnehmenden und abgebenden Bildungs-  
206 einrichtungen (von der Kita bis zur Ausbildung) verbessert werden. Das  
207 Konzept könnte in einem Stadtteil oder Schulbezirk erprobt werden.

- 208 • Anmeldeverfahren für Schulen optimieren.

209 Wir messen der frühkindlichen Bildung und der individuellen Förderung in allen  
210 Mainzer Schulen eine besondere Bedeutung bei und unterstützen folgende  
211 Maßnahmen:

- 212 • Verstärkte Bildungsförderung bereits im Kita-Bereich.
- 213 • Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen.
- 214 • Zusätzliche pädagogische Angebote an Ganztagschulen.
- 215 • Schaffung guter Rahmenbedingungen für die neu zu gründenden Schulen.
- 216 • Frühzeitige systematische Berufsorientierung an allen Schulen, Intensivie-  
217 rung der Kooperation mit Unternehmen, Kammern, stadtnahen Betrieben  
218 und der Stadtverwaltung.

219 Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung auch bei der  
220 Mittelbewirtschaftung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mainzer Schulen  
221 Budgets zur eigenständigen Bewirtschaftung erhalten; hierzu sind eine Überprü-  
222 fung der Rahmenbedingungen und gegebenenfalls der Abbau von Hemmnissen  
223 erforderlich.

224 Wir streben eine Optimierung der Kooperation mit Eltern- und Schülervertretung  
225 und deren frühzeitige Einbeziehung insbesondere bei Fragen der Schulentwick-  
226 lung an. Ein entsprechendes Konzept soll von der Schulverwaltung erarbeitet  
227 werden.

228 Die Parteien wollen mit dem neuen Dezernat Verfahren initiieren, bei dem mit  
229 allen Beteiligten die Schulentwicklung, orientiert am Elternwillen, fortentwickelt  
230 werden kann.

## 231 **1.2 Kinder, Familie, Jugendliche**

232 Allen Kindern sollen möglichst früh die Chance intensiver Förderung und die  
233 Chance zur Entwicklung der Gemeinschaftsfähigkeit gegeben werden. Eltern  
234 soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden. Dazu ist der  
235 weitere Ausbau des Mainzer Kindertagesstättenangebotes notwendig. Im Ein-  
236 zelnem zählt dazu:

- 237 • Bedarfsgerechter Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder ab 2 Jahren,  
238 für die ab 01.08.2010 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz be-  
239 steht – Aufstellung von „Notplänen“ für Fälle, in denen sich Baumaßnahmen  
240 verzögert haben und die wohnortnahe Versorgung unzureichend ist.
- 241 • Zügiger und wohnortnaher Ausbau des Krippenangebots mit Blick auf den  
242 angestrebten Rechtsanspruch für alle einjährigen Kinder ab dem Jahr 2013.
- 243 • Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsbetreuung im Krippen- und Kinder-  
244 gartenbereich, der auch ein wichtiger Standortfaktor ist, damit Mainz für qua-  
245 lifizierte Fachkräfte attraktiv bleibt.
- 246 • Umsetzung des Kita-Masterplans, der Mittel und eine definierte Reihenfolge  
247 für die Sanierung der städtischen Kindertagesstätten vorsieht.
- 248 • Unterstützung freier Träger und der Betriebskindertagesstätten und freier  
249 Elterninitiativen.

250 Der quantitative Ausbau und die baulichen Verbesserungen im Kindertagesstät-  
251 tenbereich sind eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit,  
252 die allen Kindern zugute kommen soll. Es geht aber auch darum, die Qualitäts-  
253 entwicklung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit in Kindertages-  
254 stätten zu stärken. Dabei sind uns verstärkte Aktivitäten auf verschiedenen  
255 Ebenen wichtig:

- 256 • Individuelle Förderung von Kindern unter Einbeziehung der musischen und  
257 kulturellen Erziehung sowie des forschenden und entdeckenden Lernens  
258 und der Kreativitätsentwicklung sowie des interkulturellen Lernens.
- 259 • Unterstützung der Gesundheitsprävention und dabei vor allem auch der ge-  
260 sunden Ernährung.
- 261 • Stärkung der Elternarbeit und damit der Erziehungspartnerschaft an Kitas.
- 262 • Nutzung der Fachkompetenz der Kitas mit Horten zur Gestaltung des Über-  
263 gangs vom Kindergarten in die Schule.
- 264 • Gewährleistung attraktiver und sicherer Arbeitsverhältnisse für Erzieherin-  
265 nen und Erzieher städtischer Einrichtungen, flankiert durch ein Personalent-  
266 wicklungskonzept.

267 Ein besonderes Augenmerk von Politik und Gesellschaft muss darauf liegen,  
268 Kindern in benachteiligten Lebenssituationen oder aus benachteiligten Familien  
269 die besten Voraussetzungen zu bieten, damit sie einer Ausgrenzungsspirale  
270 entkommen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kön-  
271 nen. Angestrebt wird deshalb Folgendes:

- 272 • Steigerung des Kindergartenbesuchsquote für Kinder benachteiligter Famili-  
273 en möglichst auf 100%.
- 274 • Ausbau einer niedrigschwelligen Elternarbeit analog dem modellhaften Pro-  
275 jekt „Starke Mütter – Starke Kinder“.
- 276 • Vorhaltung eines Verfügungsfonds zur Unterstützung von Kindern, die aus  
277 materiellen Gründen nicht an Kita-Aktionen teilnehmen können.
- 278 • Auf- und Ausbau eines Netzes ehrenamtlicher Lernpatinnen und Lernpaten  
279 an Grundschulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

280 Kinder haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung, und El-  
281 tern haben ein Recht darauf, bei der manchmal schwierigen Erziehungsaufgabe  
282 von der Gesellschaft unterstützt zu werden. Um Schutz und Unterstützung bie-  
283 ten zu können, müssen einerseits die Hilfesysteme – ob im Bereich der Kinder-  
284 und Jugendhilfe, der Schule, der Beratungsdienste oder des Gesundheitssys-  
285 tems – gut vernetzt, andererseits aber auch entsprechend ausgebaut und struk-  
286 turiert sein. Wir nehmen uns deshalb vor:

- 287 • Aufgabenentsprechende personelle Ausstattung des Allgemeinen Sozialen  
288 Dienstes im Jugendamt.
- 289 • Stärkung der Familienhilfen.
- 290 • Stärkung des Netzes sozialer Frühwarnsysteme.
- 291 • Niedrigschwellige präventive Beratungsangebote für Kinder und Eltern, die  
292 auch anonym genutzt werden können.
- 293 • Ergänzung der präventiven Angebotsstruktur durch aufsuchende Hilfen.
- 294 • Unterstützung der Hebammenschulung (Programm „Willkommen in Mainz“).

295 Mainz wird von vielen Familien für seine kinder- und familienfreundlichen Ange-  
296 bote geschätzt. Damit die Stadt weiterhin für Familien ein attraktiver Wohnort  
297 bleibt, der einerseits Betreuungs- und Bildungschancen für Kinder eröffnet, an-  
298 dererseits aber auch Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter-  
299 stützt, gilt es, die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln. Neben dem Aus-  
300 bau der qualifizierten Tagesbetreuung ist es in Zukunft auch wichtig, bei Bedarf  
301 die Betreuungslücke in Ganztagschulen am Freitagnachmittag zu schließen  
302 und außerdem die Ferienbetreuung durch zusätzliche Wochenangebote zu in-  
303 tensivieren.

- 304 • Weiterer Ausbau des bedarfsgerechten Kindertagesstättenangebots mit fle-  
305 xiblen Öffnungszeiten zur gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- 306 • Unterstützung des Einsatzes von Tageseltern, zum Beispiel durch die Förde-  
307 rung des Qualifizierungsangebotes.
- 308 • Förderung des Ausbaus flexibler Betreuungsangebote am Freitagnachmittag  
309 ergänzend zum Angebot der Ganztagschulen (Grundlage z. B. Förderung  
310 im Rahmen der „Betreuenden Grundschule“ bzw. Kooperation von Schule,  
311 freien Trägern und Initiativen).
- 312 • Ausweitung der Ferienbetreuung für Schulkinder durch Verstärkung der Wo-  
313 chenangebote in Ergänzung des bisherigen Angebotes über die Ferienkarte.
- 314 • Verbesserung des Spielraumangebotes im öffentlichen Raum. Aus Sicher-  
315 heitsgründen abgebaute Spielgeräte müssen schnell ersetzt werden.
- 316 • Förderung von Bewegungsangeboten, u. a. soll jedes Kind die Gelegenheit  
317 haben, kostengünstig schwimmen zu lernen.
- 318 • Stärkung der Beteiligungskultur für Kinder und Jugendliche.

319 Jugendverbände und ihr Zusammenschluss, der Stadtjugendring, sind der wich-  
320 tigste Partner der Jugendarbeit der Stadt. Ihre Arbeit und die Jugendarbeit in  
321 Vereinen und von freien Trägern werden weiter unterstützt.

322 Auch in Zukunft wird es ein attraktives und zeitgemäßes Angebot an Jugend-  
323 freizeit- und Jugendkulturangeboten geben. Dabei spielen die städtischen Kin-  
324 der-, Jugend- und Kulturzentren eine wichtige Rolle. Die dort geleistete Arbeit  
325 soll mindestens im bisherigen Umfang erhalten werden; ihre Konzeption wird  
326 beständig an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst. Dazu gehört ein  
327 Freiraum- und Freizeitangebot, das den unterschiedlichen Bedürfnissen von  
328 Mädchen und Jungen aller Altersgruppen entspricht. Genauso gehören dazu  
329 Öffnungszeiten am Wochenende. Die Verzahnung von Streetwork und offener  
330 Jugendarbeit der Stadt wird intensiviert.

331 Das Open-Ohr-Festival wird auch in Zukunft als städtische Veranstaltung – ab  
332 sofort wieder mit einer vollständig autonomen Projektgruppe – auf der Zitadelle  
333 stattfinden. Veränderungen werden besser mit der Projektgruppe abgestimmt.  
334 Das KUZ bleibt an seinem Standort am Winterhafen. Die Freiflächen am Rhein-  
335 ufer können auch zukünftig von jedermann genutzt werden.

336 Die Suchtprävention wird gestärkt; die Kooperation mit den Schulen dabei in-  
337 tensiviert, Angebote der Landeszentrale für Gesundheitsaufklärung genutzt.

338 Die erfolgreiche Arbeit gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wird fortgesetzt.  
339 Die auf diesem Gebiet tätigen Netzwerke erfüllen eine wichtige Funktion. Das

340 im Kommunalen Präventivrat Mainz entwickelte Konzept zur Prävention von  
341 Farbschmierereien wird mit seinen beiden Komponenten „Jugendkultur fördern“  
342 (inklusive der Ausweisung legaler Flächen für Graffiti) und Verhinderung von  
343 Vandalismus umgesetzt.

### 344 **1.3 Armutsprävention**

345 Soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sind wich-  
346 tige Prinzipien für eine positive Entwicklung unserer Stadt. Ein wesentliches Ziel  
347 liegt daher in einer präventiven Armutsbekämpfung. Wir benötigen verlässliche  
348 und flexible Förder- und Hilfsangebote, die auf die unterschiedlichen Lebensla-  
349 gen und gewandelten Bedürfnislagen von Menschen angemessen reagieren.

350 Vielen Menschen, speziell Familien mit Kindern, ist eine breite kulturelle und  
351 soziale Teilhabe sowie flexible Mobilität aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhält-  
352 nisse verwehrt. Mit der Einführung des „MainzPasses“ als Sozialpass, der bis  
353 Mitte 2010 auf den Weg zu bringen ist, können solche sozialen Barrieren über-  
354 wunden werden. Dabei ist der Ausbau des bisherigen Sozialpasses unter Ein-  
355 beziehung privater Anbieter sowie Sportvereinen, der Theater, der Volkshoch-  
356 schule, der Schwimmbäder, der Museen, des Peter-Cornelius-Konservatoriums  
357 und anderen zu prüfen. Die Koalition strebt die Einführung eines Sozialtarifs der  
358 Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG im Rahmen des „MainzPasses“ an. Unab-  
359 hängig von den Verhandlungen über einen künftigen „MainzPass“ werden wir  
360 einen lokalen, wissenschaftlich begleiteten Aktionsplan auf Basis des Armuts-  
361 monitorings und unter Einbezug der Freien Träger entwickeln. Dieser Aktions-  
362 plan dient der optimalen Koordination von sozialer Arbeit, Beratungsleistungen,  
363 Förderprogrammen sowie Bildungs- und Qualifizierungsangeboten für sozial  
364 Benachteiligte.

365 Beim Sozialdezernat wird im Rahmen der bestehenden Personalstruktur eine  
366 „zentrale Anlaufstelle gegen Armut“ eingerichtet werden. Wir wollen Armut in  
367 Mainz verhindern und bekämpfen. Wir werden weiterhin Kinder aus einkom-  
368 mensschwachen Familien bei der Versorgung mit Schulmaterial und bei den  
369 Kosten für das Mittagessen finanziell unterstützen.

### 370 **1.4 Soziale Fördersysteme und Wirkungssicherung**

371 Wir wollen die Freien Träger in ihrer wertvollen Arbeit mit verlässlicher finan-  
372 zieller Unterstützung stärken. Dies setzt aber voraus, dass die Förderkriterien  
373 transparent und nachvollziehbar sind und nicht dem „Gießkannenprinzip“ fol-  
374 gen. Unser Fördersystem muss offen sein für neue Herausforderungen und

375 auch neuen Gruppen und Projekten eine Chance bieten. Die Erfahrungen aus  
376 dem Prozess der Beratungsstellenanalyse müssen im Dialog mit den Trägern  
377 pragmatisch zu einem tragfähigen Konzept weiterentwickelt werden. Dabei ist  
378 auch zu untersuchen, wie die Schuldnerberatung gegebenenfalls durch Ver-  
379 knüpfung oder Umschichtung mit anderen Projekten ausgeweitet und möglichst  
380 zeitnah realisiert werden kann. Die Beratungsangebote für Schwulen und Les-  
381 ben soll auch zukünftig gefördert werden.

382 Um die anstehenden sozialen Aufgaben realisieren zu können, werden die bis-  
383 her getätigten Maßnahmen und Leistungen in diesem Bereich einer kritischen  
384 Bestandsaufnahme unterzogen und mögliche Einsparpotenziale konsequent  
385 genutzt. Anhand dieser Bestandsaufnahme erfolgt eine Neukonzeption der Mit-  
386 telzuweisung, die der Armutsbekämpfung und der sozialpolitischen Wirkungssi-  
387 cherung oberste Priorität einräumt. Wir unterstützen das Prinzip „ambulant vor  
388 stationär“. Ambulante häusliche Pflege soll den Menschen ermöglichen, auch  
389 im Alter in ihrem sozialen Umfeld weiterleben zu können. Dabei gilt es, neue,  
390 alternative Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhaus, SeniorInnen-WGs etc.  
391 zu fördern. Es sind Räume und Plätze zu fördern, an denen sich Generationen  
392 begegnen. Barrierefreiheit und interkulturelle Kompetenz als durchgängige  
393 Prinzipien sind dabei die Leitschnur. Wir wollen die Mainzer Altenwohnheim  
394 GmbH als tarifgebundenes Unternehmen in kommunaler Trägerschaft erhalten.  
395 Zur Sicherung dieses Ziels sind jedoch sämtliche Einsparpotenziale unter Be-  
396 achtung einschlägiger tariflicher wie gesetzlicher Regelungen in Zusammenar-  
397 beit mit allen Beteiligten einschließlich der Personalvertretung zu realisieren.  
398 Das Jahr für Jahr auftretenden Defizit ist möglichst auf Null zurückzuführen.

399 Die Kommune muss Vorbild sein in puncto „Gute Arbeit“. Als Arbeitgeber wollen  
400 wir durch gute Arbeitsbedingungen und entsprechende flexible Arbeitsmodelle  
401 den Beschäftigten in ihrer jeweiligen Lebenslage gerecht werden. Dies gilt ins-  
402 besondere für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie echte Chancen-  
403 gleichheit für alle Beschäftigten. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen  
404 und eine hohe Quote und Förderung von Menschen mit Behinderung. Interkul-  
405 turelle Kompetenz und die hohe Ausbildungsquote bei Stadt und stadtnahen  
406 Gesellschaften sollen beibehalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. Wir  
407 unterstützen die Arbeit der Beschäftigten der Stadt Mainz in der ARGE. Wir set-  
408 zen uns dafür ein, dass beim anstehenden Prozess der Umgestaltung der AR-  
409 GE die Qualität von Beratung und Leistung für die Betroffenen erhalten bleibt.  
410 Die Jugendberufsagentur soll erhalten bleiben. Die kommunale Beschäfti-  
411 gungsgesellschaft SPAZ gGmbH und die freien arbeitsmarktpolitischen Träger  
412 erhalten die notwendige Unterstützung bei der Beschäftigung und Qualifizierung

413 von arbeitslosen und am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen. Die Förde-  
414 rung erfolgt zukünftig stärker projektbezogen und bezieht sich auf bestimmte  
415 Zielgruppen. Zur Optimierung ihrer arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistung  
416 soll die SPAZ gGmbH weitere zusätzliche und gemeinnützige Beschäftigungs-  
417 felder entwickeln, die geeignet sind, Menschen eine Beschäftigungsperspektive  
418 zu ermöglichen und die im öffentlichen Interesse liegende, kommunale Belange  
419 fördern (insbesondere im Bereich Denkmalpflege, Umwelt und Ökologie). Integ-  
420 rationsbetriebe für Menschen mit Einschränkungen sollen im Rahmen der recht-  
421 lichen Möglichkeiten bei städtischen Auftragsvergaben bevorzugt werden. Wir  
422 unterstützen die Jugendberufshilfen und weitere Maßnahmen zur Integration  
423 junger Menschen in Ausbildung und Beruf. Das Projekt Soziale Stadt wird un-  
424 terstützt und fortgeführt, da es die soziale Stadtentwicklung unter Beteiligung  
425 von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Initiativen fördert. Positive Er-  
426 kenntnisse und Elemente sind, soweit möglich, auf andere Stadtteile und Quar-  
427 tiere zu übertragen. Die Förderung geeigneter Stadtteile, die nicht über das Pro-  
428 jekt Soziale Stadt gefördert werden konnten, ist beizubehalten. Nicht zweckge-  
429 bundene Leistungen, die aus Projekten der Mischfinanzierung erwachsen, sol-  
430 len mithilfe der Sozialraumanalyse optimal umgesetzt werden. Wir begrüßen die  
431 Auflösung der Notunterkunft Zwerchallee. Gerade für Kinder und Jugendliche  
432 bedeutete die Nennung dieser Adresse häufig soziale Stigmatisierung. Wir un-  
433 terstützen die Fachstelle Wohnraumhilfen in ihrem Bemühen, Obdachlosigkeit  
434 von Familien und Kindern zu verhindern, insbesondere die Kooperation mit der  
435 Wohnbau Mainz zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Eine weitere Wohn-  
436 nutzung der Notunterkunft Zwerchallee schließen wir aus. Das Gebiet ist ge-  
437 mäß Stadtratsbeschluss neu zu überplanen.

438 Wir sind uns einig, dass sich die Wohnbau Mainz auf ihre Kernaufgabe, nämlich  
439 die Beschaffung bezahlbaren Wohnraums, konzentriert. Im Rahmen der Wohn-  
440 bewirtschaftung muss sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

## 441 **1.5 Diversity/Vielfalt**

442 Menschen unterscheiden sich durch soziale und kulturelle Prägungen, durch  
443 Geschlecht, Alter und mögliche gesundheitliche Einschränkungen sowie durch  
444 ihre sexuelle Orientierung. Unser Ziel ist es, diese Vielfalt als Potenzial und  
445 Chance zu begreifen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen in unserer  
446 Stadt gemeinsam zu meistern. Wir setzen uns für eine moderne Integrationspo-  
447 litik ein, die Menschen mit Migrationshintergrund als gleichberechtigte Bürgerin-  
448 nen und Bürger dieser Stadt respektiert. Um Migrantinnen und Migranten in  
449 Mainz zu integrieren, soll ein strategisches Integrationskonzept erarbeitet wer-

450 den. Das Konzept, das unter Einbeziehung des Beirats für Integration und Mig-  
451 ration und der Migrantenorganisationen entwickelt wird, beinhaltet:

- 452 • Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Maßnahmen und Hilfen zur Integ-  
453 ration, um Bedürfnisse zu ermitteln und Potentiale zu optimieren.
- 454 • Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung  
455 durch Fortbildung des bestehenden Personals sowie die Einstellung von  
456 Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation.
- 457 • Zielvereinbarungen mit freien Trägern der Sozialen Arbeit und Jugendhilfe.
- 458 • Unterstützung der Migrantenorganisationen und Vernetzung der bestehen-  
459 den Maßnahmen und Akteure.
- 460 • Regelmäßige Überprüfung und Fortschreibung der Integrationsziele unter  
461 selbstverständlicher Einbindung des Migrationsbeirates und der Migranten-  
462 selbstorganisationen.
- 463 • Die stadtnahen Gesellschaften sollen nach unserer Ansicht in selbiger Wei-  
464 se verfahren.

465 Im Rahmen dieser Ausrichtung wird in Abstimmung mit den vorgenannten Insti-  
466 tutionen geprüft, in welchem Dezernatsbereich das Feld der Integrationspolitik  
467 angesiedelt wird, um die Aufgaben fachlich und strukturell zu steuern und eine  
468 Vernetzung zwischen privaten Einrichtungen und solchen in öffentlicher Hand  
469 zu forcieren. Zudem streben wir an, die Rahmenbedingungen für das Büro für  
470 Migration und Integration zu verbessern. Integration in Mainz muss einem  
471 ganzheitlichen Ansatz folgen. Dies bedeutet, dass bereits das interkulturelle  
472 Lernen im Kita-Bereich verstärkt ausgebaut werden soll. Da das Beherrschen  
473 der deutschen Sprache den Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration dar-  
474 stellt, werden die Förderangebote für das Erlernen der deutschen Sprache, ins-  
475 besondere für Kinder, weiter ausgebaut. Ergänzend werden auch diejenigen  
476 Angebote berücksichtigt, die das Beherrschen der jeweiligen Muttersprache un-  
477 terstützen. In diesem Zusammenhang soll das Netzwerk Sprache und Kind un-  
478 terstützt sowie die Arbeit des Instituts für interkulturelle Pädagogik im Elemen-  
479 tarbereich e.V. gesichert werden.

480 Die Mainzer Schulen, insbesondere auch die Ganztagschulen, sollen weiter  
481 angehalten und in die Lage versetzt werden, gezielte Förderung mit Hilfe der  
482 Einbindung von Eltern und außerschulischen Institutionen zu verstärken. Die  
483 Möglichkeiten, die interdisziplinäres Personal in allen Schulformen entwickeln  
484 kann, sollen ebenfalls verstärkt genutzt werden.

485 Pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten sollen, vor allem in städtischen  
486 Einrichtungen, Pflege erfahren, die auf kulturellen Gegebenheiten eingeht und  
487 dementsprechend sensibilisiert ist. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern am-  
488 bulante und (teil-)stationäre Pflegedienste diesbezüglich grundsätzlich refor-  
489 miert werden können.

490 Der Beirat für Migration und Integration leistet in Mainz wertvolle Arbeit, die wir  
491 aktiv begleiten und unterstützen wollen. Darüber hinaus begrüßen wir die be-  
492 deutende Arbeit der Migrantenselbstorganisationen und werden diese, bei-  
493 spielsweise bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zur Gestaltung des  
494 Vereinslebens, fördern. Die bestehende Mainzer Flüchtlingskonzeption wird  
495 umgesetzt. Die Stadt Mainz unterstützt Bemühungen, allen Migrantinnen und  
496 Migranten, die legal seit fünf Jahren und länger in der Stadt ihren dauerhaften  
497 Wohnsitz haben, das kommunale Wahlrecht anzuerkennen. Es wird angestrebt,  
498 ein selbstverwaltetes, interkulturelles Zentrum in Mainz einzurichten.

499 Die Stadt Mainz entwickelt, analog der Prinzipien der UN-Behinderten-  
500 rechtskonvention, ein ganzheitliches Konzept für Inklusion und Barrierefreiheit,  
501 um Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen mit Behinderung  
502 am gesellschaftlichen Leben in Mainz teilhaben. Dazu gehört der barrierefreie  
503 Ausbau von Infrastruktur und Wohnungen mithilfe von Finanzierungsmitteln wie  
504 beispielsweise der Nutzung der Fehlbelegungsabgabe. Integrationsbetriebe sol-  
505 len weiter ausgebaut werden, wobei Stadt und stadtnahe Gesellschaften in Vor-  
506 bildfunktion eingebunden werden. Die Ortsverwaltungen sollen darüber hinaus  
507 weiter barrierefrei gestaltet werden. Bei allen diesbezüglichen Maßnahmen  
508 werden die Organisationen von Menschen mit Behinderung aktiv einbezogen.  
509 Persönliche Budgets sollen als selbstbestimmte Form der Sozialleistungen er-  
510 halten und weiterentwickelt werden.

511 Wir setzen uns dafür ein, dass das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) in  
512 Mainz aktiv umgesetzt wird. Wir wollen eine konsequente Antidiskriminierungs-  
513 politik als städtische Querschnittsaufgabe, die alle betroffenen Zielgruppen bzw.  
514 Diskriminierungsfelder einbezieht: Migrantinnen und Migranten, Frauen, Schwu-  
515 le und Lesben, Menschen mit Behinderungen, etc. Hierzu gehören Aufklä-  
516 rungsarbeit und altersgerechte pädagogische Maßnahmen zu Themen wie Ho-  
517 mophobie und Vielfalt sowie Schulungsmaßnahmen für städtische Mitarbeite-  
518 rinnen und Mitarbeiter und andere Multiplikatoren. Die Parteien bekennen sich  
519 dazu, dass Frauenpolitik ein Querschnittsthema der Mainzer Politik sein muss.  
520 Dazu gehört, dass die Sichtweise von Frauen und Männern selbstverständlich  
521 in das Verwaltungshandeln integriert wird. Dazu bedeutet:

- 522 • Das Konzept „Gender Mainzstreaming“ muss in Modellprojekten endlich tat-  
523 sächlich ins Verwaltungshandeln einfließen.
- 524 • Der Europäische Gleichstellungsaktionsplan darf keine Hochglanzbroschüre  
525 bleiben und konkrete Projekte sollen umgesetzt werden.
- 526 • Die Verwaltung und die stadtnahen Unternehmen müssen Vorbild sein bei  
527 der Frauenförderung und der Berufung von Frauen in Führungspositionen.

528 Das Mainzer Frauenbüro soll auch in Zukunft in Hinblick auf die Gleichstellung  
529 der Frauen einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei soll die personelle Ausstat-  
530 tung erhalten bleiben.

## 531 **2. Finanzen und Beteiligungen**

### 532 **2.1 Finanzen und Haushalt**

533 Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend von den finanziellen  
534 Rahmenbedingungen ab. Die seit Jahren angespannte Haushaltssituation der  
535 Stadt und die hohen Zinszahlungen erfordern eine nachhaltige Haushaltspolitik,  
536 welche die Fehlbeträge konsequent zurückführt, gleichzeitig aber ein „Kaputt-  
537 sparen“ verhindert.

538 Die mittelfristigen Prognosen zeigen keine Entschärfung der prekären Haus-  
539 haltssituation. Dies verlangt ein wirksames Gegensteuern, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Wir wollen dazu eine strategische und langfristige Haushaltskonsolidierung verfolgen, die insbesondere folgende Ansätze enthalten soll:

- 543 • Die Gewerbesteuer wird auch in Zukunft die wichtigste Einnahmequelle der  
544 Stadt bleiben. Wir setzen daher verstärkt auf eine Stadtentwicklungs- und  
545 Wirtschaftspolitik, die Neuansiedlung wesentlich attraktiver macht und auch  
546 die Ausweitung bestehender Unternehmen unterstützt. Eine Erhöhung des  
547 Hebesatzes der Gewerbesteuer schließen wir aus.
- 548 • Bei der Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen werden wir auch  
549 das Ziel verfolgen, den städtischen Haushalt entscheidend zu entlasten. Die  
550 mögliche Neuordnung muss dazu beitragen, dass mittelfristig keine Bezu-  
551 schussung einzelner Gesellschaften durch den städtischen Haushalt mehr  
552 nötig ist. Die neue Beteiligungsstruktur muss zukünftig auch zu finanziellen  
553 Zuführungen in den städtischen Haushalt führen.
- 554 • Einsparpotentiale in allen Bereichen der Stadt wollen wir systematisch eruie-

555 ren und realisieren. Dazu werden wir auch Kürzungen im Haushalt mit vor-  
556 heriger Aufgabenkritik umsetzen.

557 • Durch die Fortsetzung der Umstrukturierung der Verwaltung, werden wir  
558 durch Synergien mittel- und langfristig weitere Personaleinsparungen er-  
559 möglichen. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir dabei ausdrücklich  
560 aus.

561 • Wir wollen Einnahmen erhöhen und prüfen, in welchen Gebührenbereichen  
562 eine höhere Kostendeckung erreicht werden kann.

563 • Wir wollen prüfen, inwieweit Budgets auf Dezernatsebene einen differenzier-  
564 ten Konsolidierungsbetrag erbringen können

565 • Die Koalition wird eine verstärkte Nutzung von Zuschüssen des Landes,  
566 Bundes und aus EU-Mitteln verfolgen.

567 • Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Umland und  
568 Wiesbaden verstärken, um durch Nutzung von Synergien, Ausgaben zu  
569 senken.

570 • Wir streben zukünftig abgestimmte Strategien mit der Aufsichts- und Dienst-  
571 leistungsdirektion (ADD) und dem Land an, um Haushaltskonsolidierung und  
572 haushaltspolitische Spielräume in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen  
573 und langfristig einen Korridor zur Entschuldung der Stadt zu öffnen. Wir wol-  
574 len, dass dabei die Besonderheiten der Landeshauptstadt als Oberzentrum  
575 Berücksichtigung finden.

576 Enge finanzielle Spielräume erfordern eine klare und transparente Schwer-  
577 punktsetzung. Wir werden insbesondere bei Investitionen den Schwerpunkt auf  
578 den Ausbau bzw. die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen setzen.  
579 Den doppischen Haushalt wollen wir ausbauen, um mehr Transparenz über  
580 einzelne Leistungen/Produkte zu schaffen und diese stärker mit Zielformulie-  
581 rungen zu koppeln. Wir werden den Bürgerhaushalt weiterentwickeln, um mehr  
582 Beteiligung zu ermöglichen.

583 Die Parteien sind sich einig, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B überflüssig  
584 gemacht werden soll; die Parteien werden in den Haushaltsberatungen eine  
585 nachhaltige Kompensation sicherstellen.

586 Die Chancen von Bürgerfonds und Stiftungen für ansonsten nicht oder schwer  
587 realisierbarer Maßnahmen und Aufgaben der Stadt sind zukünftig zu nutzen.  
588 Darüber hinaus ist die Gründung stadteigener Stiftungen und Bürgerfonds zu  
589 prüfen.

## 590 **2.2 Umstrukturierung der städtischen und stadtnahen Gesellschaften**

591 Die Koalitionsparteien werden die städtischen und stadtnahen Gesellschaften  
592 umstrukturieren mit dem Ziel transparente und effiziente Strukturen zu schaffen,  
593 die ein größtmögliches Maß an Kontrolle und Steuerung sicherstellen. Immer  
594 mehr Leistungen der Stadt Mainz werden außerhalb der traditionellen Kernver-  
595 waltung in alternativen Organisations- und Rechtsformen erbracht, wie bei-  
596 spielsweise in Regiebetrieben, in Eigenbetrieben, in Zweckverbänden, in privat-  
597 rechtlichen Gesellschaftsformen als Eigengesellschaften oder auch als ge-  
598 mischtwirtschaftliche Unternehmen unter Beteiligung privater Dritter („PPP-  
599 Modelle“).

600 Mit dieser zunehmenden Auslagerung von Aufgaben hat sich die Komplexität  
601 der Steuerung erhöht, der Haushalt bildet nur noch ein unvollständiges Bild der  
602 Finanz- und Vermögenslage der Stadt ab.

603 Die Einführung des doppelten Rechnungswesen und die Pflicht zur Aufstel-  
604 lung von Gesamtabschlüssen des „Konzerns Stadt“ wird die notwendige Trans-  
605parenz über Vermögen, Schulden, Chancen und Risiken zukünftig zu verbes-  
606sern.

607 Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, dass negative Entwicklungen wie  
608 bei der Wohnbau innerhalb einer städtischen oder stadtnahen Gesellschaft  
609 nicht wieder möglich sein dürfen. Weder ist bislang eine Gesamtstrategie für  
610 den „Konzern Stadt“ erkennbar noch wurden die Mandatsträger in geeigneter  
611 Weise bei ihrer Aufgabe der Kontrolle der Unternehmen ausreichend begleitet  
612 und unterstützt. Des Weiteren haben sich in den vergangenen Jahren stadtnahe  
613 Gesellschaften in sich überschneidenden Geschäftsfeldern bewegt. Dadurch  
614 sind zum Teil Doppelstrukturen entstanden, die einer wirksamen und zielgerich-  
615 teten Gesamtsteuerung entgegenstehen. Die Koalitionsparteien sind sich daher  
616 darin einig, die stadtnahen und städtischen Gesellschaften umzustrukturieren  
617 sowie eine zentrale Steuerung für die Beteiligungen aufzubauen. Die folgenden  
618 Ziele haben für die Koalitionsparteien höchste Priorität:

- 619 • die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger sowie für den Stadtvorstand  
620 und den Rat der Stadt Mainz in allen stadtnahen und städtischen Gesell-  
621 schaften zu erhöhen,
- 622 • ein größtmögliches Maß an demokratischer Kontrolle und demokratischer  
623 Steuerung sicherzustellen, der Stadtrat als Vertreter des alleinigen Gesell-

624 schafters (Stadt Mainz) hat das Letztentscheidungsrecht.

- 625 • betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungen durch Rückführung der Gesell-  
626 schaften auf Kernaufgaben und Abschaffung von Doppelstrukturen zu erzie-  
627 len.
- 628 • Eine zukünftige und nachhaltige Entlastung des städtischen Haushalts.

629 Die Umstrukturierung der Gesellschaften soll im Ergebnis insbesondere eine  
630 Verschlankung der Führungsebene zum Ziel haben. Der Fortentwicklung des  
631 Beteiligungsmanagements kommt hierfür besondere Bedeutung zu. Dabei sind  
632 unter anderem folgende Schwerpunkte zu beachten:

- 633 • Beteiligungsbetreuung (Mandats- und Gremienbetreuung der Beteiligungen;  
634 Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen; Beteiligungsberatung;  
635 Projektmanagement)
- 636 • Beteiligungsentwicklung (Entwicklung der Beteiligungen/Gesamtstrategie  
637 (Basis: Stärken- und Schwächenanalysen); Erstellung von Markt- und Wett-  
638 bewerbsanalysen; Unterstützung beim Koordinations- und Innovationsma-  
639 nagement)
- 640 • Beteiligungsportfoliomanagement (Entwicklung und Betreuung des Beteili-  
641 gungsportfolios, Kauf und Verkauf von Beteiligungen, Koordinations-  
642 Synergien- bis zu Kooperations- und Innovationsmanagement)
- 643 • Beteiligungscontrolling, strategisch (Wert- und Risikomanagement) und ope-  
644 rativ (Berichtswesen, Managementinformationssysteme, Projektcontrolling)

645 Die Steuerung der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen bedarf einer  
646 klar gegliederten Organisationsstruktur. Beispiele aus anderen Städten (z.B. Of-  
647 fenbach, Hanau, Darmstadt) zeigen, dass eine strategische Management-  
648 Holding in privater Rechtsform ein geeigneter Rahmen für ein zeitgemäßes  
649 Steuerungsmodell sein kann.

650 Die Gründung einer zentralen Beteiligungsgesellschaft (zum Beispiel einer Hol-  
651 ding) der Stadt Mainz ist ein erklärtes Ziel der Koalition. Die Koalition wird hier-  
652 zu im Februar einen Antrag im Mainzer Stadtrat einbringen, der Gesellschafts-  
653 form und Rechtsform definiert, dabei wird externer und unabhängiger Sachvers-  
654 tand eingebunden.

655 Bestehende Eigenbetriebe sind hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung und -

656 erfüllung zu überprüfen und gegebenenfalls in Gesellschaften mit beschränkter  
657 Haftung umzuwandeln und in die neue Struktur einzugliedern, soweit hierdurch  
658 den Gebührendzahlern und Arbeitnehmern keine Nachteile erwachsen. Die Koa-  
659 litionsparteien sind sich darin einig, dass mit der Gründung einer zentralen Be-  
660 teiligungsgesellschaft bestehende Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
661 nehmer zu schützen sind. Außerdem gelten die Vereinbarungen mit den Perso-  
662 nalräten fort. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Die Mitbe-  
663 stimmung wird sichergestellt.

664 Im operativen Bereich wird die Gesellschaft durch ein Kollegialorgan geführt,  
665 das einstimmige Entscheidungen herbeizuführen hat. Kann in dem Kollegialor-  
666 gan keine Einstimmigkeit hergestellt werden, so wird die Gesellschafterver-  
667 sammlung entscheiden. Es muss gewährleistet sein, dass alle wesentlichen Be-  
668 teiligungen in die Gesamtverantwortung der Stadt eingebunden sind. Dies be-  
669 dingt eine transparente und regelmäßige Darlegung der Geschäftstätigkeit ge-  
670 genüber dem Stadtrat.

671 Es soll eine kritische Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung und -erfüllung für  
672 die städtischen Gesellschaften vorgenommen werden. Insbesondere im Bereich  
673 Projektentwicklung sind heute mehrere stadteigene und verbundene Gesell-  
674 schaften aktiv. Dies wird von den Koalitionspartnern nicht für sinnvoll erachtet.  
675 Es ist Ziel, im Wesentlichen drei Teilkonzerne bzw. -gesellschaften zu gründen,  
676 denen die nachfolgenden Unternehmen zugeordnet oder mit diesen verschmol-  
677 zen werden:

- 678 • Touristik/Tagungen/Kongresswesen/Veranstaltungen
- 679 • Stadtentwicklung/Wohnen/Bauen
- 680 • Energie/Wasser/Verkehr

681 Die städtische Gesellschaft übernimmt neben den genannten Schwerpunkten  
682 zentrale Dienstleistungen für die Gesellschaften. Auch die Einzelgesellschaften  
683 bieten im Konzern Dienstleistungen entsprechend ihrer Kernkompetenzen an.  
684 Ebenso wird ein gemeinsames Cash-Pooling angestrebt.

685 Es soll eine Überprüfung aller Unternehmen mit städtischer Beteiligung hinsicht-  
686 lich der rechtlichen Vereinbarkeit der Rechtsform, Gesellschaftsverträge und  
687 Geschäftsanweisungen mit den vorgenannten Zielen der Beteiligungsgesell-  
688 schaft der Stadt Mainz erfolgen. Sollte die Prüfung ergeben, dass eine andere  
689 Rechtsform im Sinne der oben formulierten Ziele geeigneter ist, so wird die  
690 Rechtsform entsprechend geändert.

691 Für die kommunalen Gesellschaften ist ein verbindlicher Kodex zur Unterneh-  
692 mensführung einzuführen. Die Koalitionsparteien sind sich daher einig, dass ein  
693 Public Corporate Governance Kodex verbindlich als Leitfaden für die Beteili-  
694 gungssteuerung zu entwickeln ist. Die Grundsätze guter öffentlicher Unterneh-  
695 mensführung, die die Bundesregierung am 1. Juli 2009 für Bundesbeteiligungen  
696 verabschiedet hat, werden sinngemäß übernommen. Bei einer Management-  
697 Holding wäre eine entsprechende Regelüberwachung sicherzustellen (Compli-  
698 ance-Management).

699 Aus Mitgliedern der Koalitionsfraktionen und Experten wird ein Lenkungsaus-  
700 schuss eingesetzt, der die Umsetzung der Beteiligungsgesellschaft der Stadt  
701 Mainz begleitet. Die Koalitionäre werden in der Sitzung des Stadtrates im Feb-  
702 ruar 2010 einen Antrag einreichen, mit dem die Beteiligungsgesellschaft der  
703 Stadt Mainz gegründet wird und in dem die Geschäftsführung der Gesellschaft  
704 benannt wird.

705 Es wird angestrebt die Neuaufstellung der Beteiligungen bis zum 31.12.2010  
706 abzuschließen.

### 707 **3. Wirtschaft**

708 Wir werden den Wirtschaftsstandort Mainz stärken und die Rahmenbedingun-  
709 gen für ein positives Ansiedlungsklima schaffen. Der Sicherung bestehender  
710 und der Generierung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze kommt hierbei eine  
711 besondere Bedeutung zu. Da mittelständische Unternehmen im Verhältnis die  
712 meisten Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze schaffen, gilt ein besonderes Au-  
713 genmerk den kleinen und mittleren Unternehmen. Selbständigkeit fördern, Un-  
714 ternehmergeist stärken, Gründungen erleichtern - dies sind die erklärten Ziele.  
715 Jede nachhaltige Gründung schafft Arbeitsplätze.

#### 716 **3.1 Einzelhandel**

717 Die Attraktivität der Innenstadt muss gestärkt und weiterentwickelt werden -  
718 Mainz muss herausragender Einzelhandelsstandort in der Region bleiben. Die  
719 wohnungsnaher Versorgung der Menschen, insbesondere mit Gütern des tägli-  
720 chen Bedarfs, sowie die Stärkung der City als Oberzentrum für die gesamte  
721 Region besitzen Priorität. Durch stadtentwicklungspolitische und planungsrecht-  
722 liche Vorgaben muss Fehlentwicklungen entgegenwirkt werden. Die Achsen  
723 Ludwigsstraße, Brandzentrum und City-Meile müssen als Tripol gestärkt wer-  
724 den. Insbesondere die Aufwertung der Ludwigsstraße mit einem Kaufhaus-

725 standort - auch unter Einbeziehung privater Investoren - ist hierbei in den Vor-  
726 dergrund zu stellen. Aber auch der Münsterplatz und die Große Langgasse  
727 müssen attraktiver und verstärkt in die Planungen einbezogen werden. Eine gu-  
728 te Erreichbarkeit durch einen preiswerten ÖPNV und bezahlbares Parken (Ra-  
729 battaktion mit Einzelhandel) sind sicherzustellen. Zur Erhaltung der Attraktivität  
730 von Mainz als Einkaufsstadt soll grundsätzlich der Bestand inhabergeführter  
731 Geschäfte im Einzelhandel gesichert und gefördert werden. Die Stadtmarke-  
732 tingaktivitäten für die Attraktivität der Innenstadt wird weiter ausgebaut. Mainz  
733 will insgesamt seine Position als Oberzentrum in der Region erhalten und aus-  
734 bauen.

### 735 **3.2 Gewerbeflächen**

736 Gewerbeflächen sind für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Mainz uner-  
737 lässlich. Bestehende Gewerbeflächen sind vorrangig zu vermarkten. Die aus-  
738 gewiesenen Flächen müssen auf ein potentielles Arbeitsplatzangebot und einen  
739 gesunden Mix aus zukunftsfähigen, innovativen Unternehmen hin ausgerichtet  
740 und vermarktet werden. Der Bedarf von bereits bestehenden Betrieben, die ei-  
741 ne Ausweitung ihres Flächenbedarfs benötigen, um am Standort Mainz zu blei-  
742 ben, ist vorrangig zu behandeln. Ferner besteht gesteigertes Interesse an der  
743 Ansiedlung von innovativen und zukunftsfähigen Unternehmen. Gleichzeitig gilt  
744 es, die bestehenden Unternehmen am Standort zu halten. Die Entwicklung der  
745 Ingelheimer Aue steht hinsichtlich Ansiedlung und Verwertung im Fokus der Öff-  
746 fentlichkeit. Wichtig ist das Gewerbegebiet in Hechtsheim, dessen Vermarktung  
747 intensiv vorangetrieben werden wird. Daher wird die Ansiedlung eines Möbel-  
748 houses als Impuls für weitere Ansiedlungen im Gewerbegebiet begrüßt. Vorrang  
749 haben hier kleine gewerbliche Unternehmen, so dass Einzelhandel auf maximal  
750 einem Sechstel der zu vermarktenden Fläche des Wirtschaftsparks zugelassen  
751 wird.

752 Am Ziel des Zentrenkonzepts, das Innenstadt und Ortskerne stärken und schüt-  
753 zen will, wird ausdrücklich festgehalten. Die Koalitionspartner sind sich einig,  
754 dass rechtssicher ein Weg zu finden ist, wie ein Frequenzbringer im Wirt-  
755 schaftspark Hechtsheim hinzukommen kann, ohne dass das Zentrenkonzept  
756 gefährdet wird.

757 Es soll am Standort Ingelheimer Aue darauf geachtet werden, dass mögliche  
758 Einschränkungen für bestehendes oder ansiedlungswilliges Gewerbe durch  
759 Wohnbebauung vermieden wird. Die Entwicklung des Wohngebietes am Zoll-  
760 und Binnenhafen ist so zu steuern, dass der Bestand und die Entwicklungsmög-  
761 lichkeiten der Betriebe im einzigen Industriegebiet unserer Stadt gewährleistet

762 bleiben. Die Bestandspflege und die positive planerische Begleitung der am  
763 Standort vorhandenen Unternehmen und Arbeitsplätze haben einen besonde-  
764 ren Stellenwert.

### 765 **3.3 Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe**

766 Das Potential, das Mainz in touristischer Hinsicht bietet, muss noch stärker her-  
767 vorgehoben und vermarktet werden. Dies ist wichtig für die Imagepflege und  
768 Teil des Standortmarketings.

769 Mainz liegt an einer der bedeutendsten Fernradverbindungen Europas. Die Att-  
770 raktivität dieses Fernradwanderweges muss durch bessere Ausweisung und  
771 Erhöhung der Standards gesteigert werden. Mittelfristig wird eine Servicestation  
772 am Europaradwanderweg (Rhein) geschaffen.

773 Barrierefreier Tourismus ist hier ein wichtiger Aspekt. Das betrifft das gesamte  
774 umfangreiche Kulturangebot; von der Fastnacht und dem Kongresswesen bis  
775 hin zur Weinhauptstadt Deutschlands (Great Wine Capital). Für das Kongress-  
776 wesen ist wichtig, eine Marketing-Kooperation zu schaffen, die eine ganzheitli-  
777 che und zielgerichtete Vermarktung der Stadt als Kongress- und Messestandort  
778 realisiert. Ziel ist die Konzentration, Stärkung, Förderung und Weiterentwicklung  
779 der vorhandenen Einrichtungen durch geeignete, der jeweiligen Örtlichkeit an-  
780 gemessene Nutzungen. Das Schloss ist nach Auszug des RGZM als histori-  
781 scher Kongressstandort zu stärken.

### 782 **3.4 Medien, Gesundheitsbranche, Forschung und Entwicklung**

783 Diese Wirtschaftszweige brauchen in Mainz besondere Aufmerksamkeit. Auf  
784 diesen Bereichen gründet das wirtschaftliche Wachstum unserer Stadt. Die  
785 Dienstleistungen für Menschen und Unternehmen sind in der Region beispiel-  
786 haft. Diese Vorrangstellung muss erhalten und weiterentwickelt werden. Bei-  
787 spielhaft für dieses Vorhaben ist die Bewerbung zum Wissenschaftsstandort.  
788 Der Titel bietet eine gute Voraussetzung, um Spitzenarbeitskräfte zu akquirie-  
789 ren.

790 Die Entwicklung und Schaffung eines Innovations- und Technologiezentrums im  
791 Netzwerk von Universität, Fachhochschule und Unternehmen ist eine wichtige  
792 Grundlage zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hierbei ist ein Branchen- und  
793 Nutzungsmix anzustreben. Außerdem ist zu prüfen, ob ein Modell als Public  
794 Privat Partnership (PPP) in Frage kommt, insbesondere unter Einbeziehung  
795 etablierter regionaler Unternehmen. Der Aufbau eines Wissenschaftsparks auf

796 Flächen für hochschulnahes Gewerbe wird angestrebt.

797 Anstrengungen des Landes zur Stärkung des Medien/IT-Standortes Mainz wer-  
798 den durch die Stadt unterstützt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, Ausbil-  
799 dung, Forschung und Lehre und die mögliche Clusterbildung Medien/IT in  
800 Mainz. In die bestehende Netzwerkbildung in den entsprechenden Clustern ist  
801 auch die Kreativwirtschaft mit einzubeziehen. Sie hat ein großes Wachstumspo-  
802 tenzial am Hochschul- und Medienstandort Mainz. Diesen Standortvorteil gilt es  
803 zu sichern und weiter zu fördern. Initiativen der Verwaltung zur Unterstützung  
804 und Förderung dieser Unternehmen sollen weiterhin erfolgen. Insbesondere die  
805 Vernetzung der unternehmerischen Entscheider soll gefördert werden.

### 806 **3.5 Investorenleitstelle**

807 Wir werden eine Investorenleitstelle einrichten. Dadurch wird ein zentraler An-  
808 sprechpartner verwaltungsintern verschiedene Anfragen klären. Durch die Ein-  
809 richtung dieser Stelle wird der Service der Verwaltung deutlich aufgewertet. Die  
810 Bestandspflege der ansässigen Unternehmen muss im Hinblick auf ein gut  
811 funktionierendes Kontakt- und Frühwarnsystem intensiv betrieben werden. Ent-  
812 sprechende Rahmenbedingung zur Wahrnehmung der Aufgaben sind zu schaf-  
813 fen.

## 814 **4. Verwaltung und regionale Zusammenarbeit**

### 815 **4.1 Verwaltung**

816 Aufgrund der Haushaltslage der Stadt besteht zwischen den Koalitionspartnern  
817 Einvernehmen darüber, dass auch die Organisation der Stadtverwaltung auf  
818 den Prüfstand gestellt werden muss. Im Rahmen einer konsequenten Aufga-  
819 benüberprüfung müssen organisatorische Lösungen gefunden werden, denn  
820 bereits heute sind zahlreiche Bereiche in der Verwaltung einer erheblichen Ar-  
821 beitsverdichtung ausgesetzt, die sich in Überlastungsanzeigen äußern. Hier be-  
822 steht Reformbedarf. Im Rahmen einer Neustrukturierung der Verwaltung soll die  
823 Leistungsfähigkeit gesteigert und die Effizienz erhöht werden. Dem Dienstleis-  
824 tungsgedanken kommt eine besondere Rolle zu.

825 Die Koalitionspartner verständigen sich daher auf die Bildung eines Lenkungs-  
826 kreises. Dieser Lenkungskreis definiert zunächst den Ist-Stand der vorhande-  
827 nen Aufgaben, ihren Umfang und ihre Standards sowie die Organisationsstruk-  
828 tur und Arbeitsabläufe und unterzieht diese dann einer umfassenden Prüfung.

829 Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass auch im Zusammenhang mit  
830 diesem Prozess keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen ausgespro-  
831 chen werden.

832 Zur Unterhaltung und zur Finanzierung öffentlicher Gebäude sollen künftig auch  
833 PPP-Projekte in Betracht gezogen werden. Leistungen sollen nicht zwangsläu-  
834 fig bei der Verwaltung vorgehalten werden, sondern, wenn sinnvoll und möglich,  
835 auch an private Dritte vergeben werden (Bsp. Bauplanungen). Zugleich ist auch  
836 zu prüfen, ob eine Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge  
837 sinnvoll und möglich ist. Im Rahmen von Ausschreibungen sollen ansässige Un-  
838 ternehmen verstärkt berücksichtigt werden, sofern dies vergaberechtlich mög-  
839 lich ist. Es wird geprüft, ob soziale Vergabekriterien eingeführt werden können.  
840 Eine Verwaltungsmodernisierung soll unter Sicherstellung der notwendigen  
841 Ressourcen und einem stärkeren Einsatz von Informationstechnologie erfolgen.  
842 Bürokratieabbau soll Vorhaben erleichtern, Verfahren vereinfachen und Rechts-  
843 sicherheit stärken. Die bestehenden Satzungen sind auf ihre Aktualität zu über-  
844 prüfen. Bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement sollten genau-  
845 so gefördert werden wie Transparenz und Akzeptanz.

#### 846 **4.2 Regionale Zusammenarbeit**

847 Die Stadt Mainz stellt über ihre unmittelbar benachbarten Gebietskörper-  
848 schaften hinaus wesentliche oberzentrale Leistungen für die Bevölkerung der  
849 gesamten Region zur Verfügung. Die Leistungspalette der Landeshauptstadt  
850 umfasst den ÖPNV ebenso wie beispielsweise zentrale Sporteinrichtungen, re-  
851 gionale Schulzentren und überregionale Kulturangebote. Auch versorgt die  
852 Stadtwerke Mainz weit über die Grenzen der Stadt hinaus die Bevölkerung mit  
853 Energie und Wärme.

854 Trotz dieses vielfältigen Leistungsaustauschs fehlt es an "organisatorischen  
855 Klammern", die diesen Leistungsaustausch zwischen der Stadt Mainz und ihren  
856 regionalen Nachbarn unter Berücksichtigung eines gerechten Interessenaus-  
857 gleichs auf Dauer gewährleisten oder sogar intensivieren können. Was die  
858 Überplanung, Entwicklung und Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten  
859 im engeren Radius diesseits und jenseits der Stadtgrenze anbelangt, gibt es  
860 neben der Planungsgemeinschaft Rheinhessen/Nahe keine tauglichen Instru-  
861 mente, gemeinsame Planungsinteressen voranzutreiben und zu realisieren.

862 Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, eine engere Kooperation zwi-  
863 schen den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden und ihren benachbarten  
864 Gebietskörperschaften (linksrheinisch: Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-

865 Worms) sowie den unmittelbar benachbarten kreisangehörigen Gebietskörperschaften im Landkreis Mainz-Bingen anzustreben.  
866

867 Unter Berücksichtigung der Leistungspalette der Landeshauptstadt ist zu prüfen, ob und mit welcher konkreten Zweckbestimmung beispielsweise ein gemeinsam von der Landeshauptstadt und ihren kommunalen Nachbarn zu bildender Zweckverband in eigener Verantwortung ober-zentrale Leistungen in den Bereichen Sport, Kultur- und Bildungsarbeit, Öffentlicher Personennahverkehr und ggfs. der Ver- und Entsorgungsleistungen eigenverantwortlich erbringt.  
868  
869  
870  
871  
872

873 Darüber hinaus sollte die Bildung eines gemeinsamen Planungs-Zweckverbandes zwischen der Stadt Mainz und ihren unmittelbar benachbarten Gebietskörperschaften geprüft werden. Zweck eines solchen Verbandes ist es, in Zukunft sämtliche im engeren Radius diesseits und jenseits der Stadtgrenze liegenden Grundstücke gemeinsam zu überplanen und zu erschließen, soweit es um neue Wohn- und Gewerbegebiete geht.  
874  
875  
876  
877  
878

879 Auch die regionale Kooperation im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen soll verstärkt werden. Beispielsweise wird angestrebt, die in der Region bestehenden Zentrenkonzepte um ein Regionalkonzept zu ergänzen.  
880  
881

882

## 883 **5. Energie**

### 884 **5.1 Beendigung des Kohlekraftwerks-Projekts**

885 Die Parteien sind sich einig, dass das Projekt „Kohleheizkraftwerk Ingelheimer Aue“ beendet ist. Es herrscht Konsens über folgende Punkte:  
886

- 887 • Die Koalitionspartner stehen zur kommunalen Energieversorgung, bei der die Ingelheimer Aue weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird. Daher werden die Koalitionspartner einer möglichen Veräußerung des Geländes mit dem Ziel, ein Kohlekraftwerk zu errichten, ablehnen. Vorhandene oder weitere Genehmigungen sollen ebenfalls nicht veräußert werden.  
888  
889  
890  
891
- 892 • Die Koalitionsparteien werden weder im Stadtrat noch in den Ausschüssen einen Beschluss vorbereiten, fassen oder einem solchen zustimmen, nach dem der KMW AG zur Finanzierung des Projektes in irgendeiner Form Bürgschaften, Kredite oder Finanzhilfen in anderer Form zur Verfügung gestellt werden. Gleiches wünscht sich die Koalition von den beteiligten Unter-  
893  
894  
895  
896

897 nehmen.

- 898 • Die Koalitionspartner erwarten, dass die KMW AG keine weiteren Ausgaben  
899 für die weitere Planung des Projekts Kohlekraftwerk tätigt. Wir erwarten an-  
900 gesichts der nunmehr fehlenden politischen Unterstützung, dass die KMW  
901 AG das Projekt Kohlekraftwerk und das damit verbundene Genehmigungs-  
902 verfahren beendet.

## 903 **5.2 Erneuerbare Energien**

904 Die Koalition hält an der Einhaltung der Ziele des Klima-Bündnisses der Städte  
905 fest. Insbesondere sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent  
906 sinken und bis 2030 halbiert werden. Langfristig sollen die Emissionen auf  
907 zweieinhalb Tonnen pro Einwohner und Jahr reduziert werden. Als Ziel wird da-  
908 her angestrebt, bis 2020 den Anteil der regional erzeugten Erneuerbaren Ener-  
909 gien im Strombereich auf mindestens dreißig Prozent zu erhöhen. Die Zielver-  
910 einbarung mit dem Vorstand der Stadtwerke Mainz (SWM) ist entsprechend an-  
911 zupassen. Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, welche die SWM  
912 oder eine ihrer Beteiligungsunternehmen außerhalb von Mainz errichten und  
913 betreiben, werden bei der Überprüfung der Zielerreichung angerechnet. Um die-  
914 ses Ziel zu erreichen, sollen die auf dem Gebiet der Stadt Mainz vorhandenen  
915 Potenziale der Erneuerbaren Energien konsequent genutzt werden. Dabei setzt  
916 die Koalition insbesondere auf das Engagement der Stadtwerke bzw. des „Kon-  
917 zerns Stadt“. Um die Voraussetzungen zur konsequenten Nutzung erneuerbarer  
918 Energien-Potenziale (Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie) zu schaffen, wer-  
919 den geeignete Flächen im Stadtgebiet in Bebauungsplänen und im Flächennut-  
920 zungsplan festgelegt. Für alle Neubaugebiete gilt, dass die Gebäude mit Blick  
921 auf eine effiziente Nutzung der Solarenergie auszurichten sind. Dies ist in Be-  
922 bauungsplänen festzuhalten. Im Rahmen des gemeinsamen Einsatzes der Koa-  
923 lition für den Ausbau regenerativer Energien sollen im Abwägungsprozess un-  
924 terschiedlicher Individualrechte und Interessenslagen Berücksichtigung finden.

925 Die Koalition strebt den Ausbau regenerativer Energien, insbesondere der So-  
926 larthermie- und Photovoltaiknutzung im Stadtgebiet von Mainz an. Hierzu wird  
927 ein öffentliches Hearing veranstaltet; Ziel ist es, geeignete Instrumentarien der  
928 Umsetzung zu entwickeln. Bei neuen, öffentlichen Bauvorhaben wird ein Opti-  
929 mum der Nutzung von erneuerbaren Energien umgesetzt. Bei neuen Bauvor-  
930 haben der Stadt bzw. von städtischen Tochterfirmen wird die Solarenergie kon-  
931 sequent genutzt. Dies gilt sowohl für Solarthermie als auch für Photovoltaik. Wir  
932 wollen, dass alle geeigneten Dächer im Besitz der Stadt Mainz oder von städti-  
933 schen Tochterfirmen zügig zur Solarenergie-Gewinnung genutzt werden. Wenn

934 dies nicht durch die Stadt oder stadtnahe Gesellschaften passieren kann (bei-  
935 spielsweise mangels Kapital), dann gegebenenfalls durch Dritte. Bürgerbeteili-  
936 gungen (Bürger-Solar-Projekt) werden durch die Stadt unterstützt.. Es ist zu  
937 prüfen inwieweit auf städtischen Flächen, großflächige Photovoltaik-Anlage in-  
938 stalliert werden können (z.B. Messegelände). Wenn nötig, ist die Baurechtslage  
939 entsprechend anzupassen. Bereits versiegelte Flächen, wie z.B. größere Park-  
940 plätze, sollen mit Solar-Carports gleichzeitig zur Solarenergiegewinnung ge-  
941 nutzt werden. Die Nutzung von PV auf Parkplätzen soll baurechtlich ermöglicht  
942 werden. Hierzu wird bei Bedarf auch das Anpflanzungskonzept unter Berück-  
943 sichtigung der Ausgleichsmaßnahmen angepasst. Elektro-Mobilität ist nur dann  
944 klimafreundlich, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Solar-  
945 Carports lassen sich mittel- bis langfristig auch in Konzepte der Elektro-Mobilität  
946 (Stichwort Elektro-Tankstelle) integrieren. Ein Solarpark Layenhof soll aktiv ent-  
947 wickelt werden. Aufbauend auf dem Mainzer Solardachkataster wird ein Inter-  
948 net- und Beratungsangebot erstellt, das Angebot und Nachfrage zusammen-  
949 bringt (vgl. Wiesbaden).

950 Die Koalition unterstützt den Ausbau der Windenergie auf geeigneten Flächen  
951 innerhalb der Mainzer Stadtgrenzen. Um dies zu ermöglichen, werden windhöf-  
952 fige, genehmigungsfähige Flächen im Flächennutzungsplan als Vorrangflächen  
953 für Windenergie ausgewiesen. Ein im Jahr 2008 im Auftrag der Stadt Mainz er-  
954 stellter Biomassemasterplan (erstellt durch das IfaS-Institut des Umwelt-  
955 Campus Birkenfeld) stellt fest, dass in der Stadt Mainz jährlich ein Heizwert von  
956 ca. 200.000 MWh (ca. 4% des Primärenergiebedarfs) ersetzt werden kann.  
957 Diesen Biomassepotenziale sollen innerhalb der Wahlperiode aktiviert werden.  
958 Hierzu wird ein abgestimmter Zeitplan für die Planung und Umsetzung von Pro-  
959 jekten erstellt. Sobald der Vertrag zur Nutzung des Bioabfalls im Kompostwerk  
960 Essenheim ausläuft, soll der Mainzer Bioabfall in einem kommunal betriebenen  
961 Bioenergie-Kraftwerk energetisch genutzt werden. Bei neuen Heizungsanlagen  
962 streben wir den verstärkten Einsatz von Bioenergieheizungen an (Holzhack-  
963 schnitzel, Holzpellets, Biogas), möglichst in KWK.

### 964 **5.3 Umweltberatung und Umweltbildung**

965 Informationsangebote der Umwelt- und Verbraucherberatung sollen intensiviert  
966 und gebündelt werden. Dadurch soll auch der Klimaschutz akzentuiert werden.  
967 Diese Organisationseinheit soll unter anderem die konsequente Umsetzung des  
968 Energiekonzepts 2005 – 2015 mitbetreuen. Das Umweltbildungszentrum soll  
969 bei seinem Umzug in den Weisenauer Steinbruch zu einem Klimaschutzzent-  
970 rum ausgebaut werden. Neben Angeboten für Kindergartengruppen und Schul-

971 klassen soll dort auch die Erwachsenenbildung ermöglicht werden.

## 972 **5.4 Nah- und Fernwärme**

973 Die bestehende Fernwärmeversorgung für Mainz soll erhalten werden. Die  
974 KMW wird aufgefordert, ein nachhaltiges Konzept zum Erhalt und Ausbau der  
975 Fernwärme zu entwickeln. Die Zahl der Nahwärmenetze (BHKW an verschie-  
976 denen Standorten unter Nutzung der Bezuschussung von Kraft-Wärme-  
977 Kopplung) mit unterschiedlichen Energieträgern (Holz, Grünschnitt, Biogas, De-  
978 poniegas, Klärschlamm, Gas) soll deutlich erhöht werden. Es ist Ziel der Koali-  
979 tion, dass die dezentrale KWK in Mainz verstärkt ausgebaut wird. Wir werden  
980 daher in den Gremien der stadtnahen Gesellschaften (primär der Stadtwerke)  
981 darauf hinwirken, dass die KWK als Geschäftsfeld entwickelt wird. Dort, wo es  
982 sinnvoll und wirtschaftlich ist, soll Nahwärmeversorgung mit Blockheizkraftwer-  
983 ken auf kommunaler Ebene installiert und in Bebauungsplänen festgeschrieben  
984 werden.

## 985 **5.5 Energieeffizienz**

986 Aus sowohl wirtschaftlichen als auch klimapolitischen Gründen streben wir an,  
987 alle städtischen Gebäude schrittweise energetisch zu sanieren. Bei der Finan-  
988 zierung sind - wenn nötig - auch Contracting-Modelle, insbesondere mit den  
989 Stadtwerken, umzusetzen. Die Ausweisung von neuen Baugebieten wird nach  
990 Standard der geplanten EnEV 2011 erfolgen. Privathaushalten soll durch Bera-  
991 tung und Förderung, zum Beispiel durch die Stiftung Klimaschutz und Energie-  
992 effizienz, Anreize gegeben werden, Altbauten energetisch zu sanieren. Dies  
993 wird (wo möglich) auch mit Vorhabens- und Erschließungsplänen umgesetzt.  
994 Bei Neuanschaffungen von PKW für den städtischen Fuhrpark wird angestrebt,  
995 dass der Flottenverbrauch die EU-Klimakriterien von 120g CO<sub>2</sub> pro km einhält.

## 996 **6. Umwelt und Verkehr**

### 997 **6.1 Umwelt**

998 Bei besonders bedeutsamen umweltrelevanten Projekten soll grundsätzlich  
999 vom Instrument der erweiterten Bürgerbeteiligung Gebrauch gemacht werden.

1000 Im Rahmen zukünftiger Bebauung geht die Innen- der Außenverdichtung vor.  
1001 Dabei ist einer Verdichtung in bestehender Bebauung Vorrang vor einem neuen  
1002 Flächenverbrauch einzuräumen. Die bestehenden sogenannten 28er-Flächen

1003 auf dem Layenhof sollen von Beeinträchtigungen freigehalten werden. Die  
1004 Grünflächen und Parkanlagen in der Stadt sollen erhalten bleiben. Die beste-  
1005 henden Programme der Grünpflegekonzeption und die Grünflächensanierungs-  
1006 programme werden fortgeführt. Geschützte Landschaften dürfen weder zu  
1007 Baugebieten umgewandelt noch für Einzelbebauungen freigegeben werden.  
1008 Überall dort, wo im öffentlichen Raum ein Baum gefällt wird, muss in engen  
1009 räumlichen Zusammenhang ein neuer Baum gepflanzt werden.

1010 Wir begrüßen die geplante Entsiegelung des ehemaligen Messegeländes im  
1011 Mainzer Volkspark. Die von der Verwaltung vorgestellten "Perspektiven" für den  
1012 Volkspark werden aufgrund der Haushaltssituation nicht weiter verfolgt. Nach  
1013 Entsiegelung des betreffenden Areals erfolgt eine einfache Begrünung. Alle wei-  
1014 teren Maßnahmen sollen in enger Abstimmung mit interessierten Bürgerinnen,  
1015 Bürgern und Institutionen vorgenommen werden. Der Volkspark soll für den  
1016 Radverkehr freigegeben werden.

1017 Die Koalition unterstützt bei der Verpachtung städtischer landwirtschaftlicher  
1018 Flächen den ökologischen Anbau.

1019 Die Stadt Mainz wird weiterhin alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um  
1020 einen Ausbau des Frankfurter Flughafens zu verhindern und die Umsetzung ei-  
1021 nes konsequenten Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr zu erreichen. Hierzu be-  
1022 teilt sich die Stadt unter anderem an der Klage vor dem Bundesverwaltungs-  
1023 gericht (BVG). Außerdem setzt sich die Stadt Mainz bei der Fraport für eine  
1024 konsequente Umsetzung der optimierten An- und Abflugverfahren ein, insbe-  
1025 sondere das „Simulated Approached Verfahren“. Am Finther Flugplatz setzen  
1026 wir uns für lärmoptimierte Anflugverfahren durch bessere Ausnutzung der Lan-  
1027 debahn und weitgehendes Überflugverbot über Wohngebiete sowie des Naher-  
1028 holungsgebietes Ober-Olmer Wald ein.

1029 Wir unterstützen die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-  
1030 WRRL) mit dem Ziel, bis 2015 einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen.

## 1031 **6.2 Verkehr**

1032 Eine zukunftsweisende Verkehrspolitik für die Stadt Mainz muss neben der Be-  
1033 rücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs vorrangig auch den Ausbau  
1034 des ÖPNV betreiben, um die Umweltsituation zu verbessern. Dadurch würden  
1035 Verlagerungseffekte vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV erzielt  
1036 und endlich der Umweltverbund gestärkt.

1037 Bei allen Stadtentwicklungsprojekten und großen Ansiedlungsvorhaben müssen

1038 die verkehrlichen Auswirkungen und notwendigen Maßnahmen im Sinne einer  
1039 integrierten Verkehrsplanung ausreichend berücksichtigt werden. Die Planun-  
1040 gen der Verwaltung für Bahnhofstraße, Münsterplatz und Große Langgasse  
1041 werden unterstützt. Stadtentwicklung und Verkehrspolitik sind untrennbar ver-  
1042 bunden. Daher ist eine langfristige Stadtentwicklung unter der Prämisse der  
1043 Vermeidung des Durchgangsverkehrs in der Innenstadt unter Einrichtung eines  
1044 optimierten Parkleitsystems an den Hauptzufahrtsstraßen nach Mainz zu be-  
1045 rücksichtigen. Mittelfristig ist die Reduzierung des motorisierten Individualver-  
1046 kehr in der Gaustraße und der Boppstraße zur Steigerung der Attraktivität der  
1047 Quartiere zu prüfen. Im Bereich Schöffnerstraße / Johannisstraße wird eine Er-  
1048weiterung der Fußgängerzone geprüft werden. Die Koalition strebt an, die Hal-  
1049testelle Rheingoldhalle/Rathaus umzugestalten, um einen attraktiven Zugang  
1050 zum Brandzentrum zu erhalten.

1051 Der Parkraum in der Innenstadt muss im Interesse der Anwohner, Kunden und  
1052 Besucher konsequent bewirtschaftet werden. Nach der Schaffung neuer Park-  
1053 möglichkeiten in der südlichen Altstadt und im Bleichenviertel sind neue Stell-  
1054 plätze lediglich im Zusammenhang mit neuen Nutzungen notwendig. Das Park-  
1055 leitsystem wird zur Verringerung des Parksuchverkehrs optimiert. Die PMG  
1056 erhält den Auftrag, die Attraktivität ihres Angebotes zur Verbesserung der Aus-  
1057lastung zu überprüfen. Das betrifft die Themen Abendpauschale, Nachtparktarife,  
1058erweiterte Angebote für Anwohner und spezielle Gruppen (z.B. im neuen  
1059Parkhaus Altstadt). Das Bewohnerparken wird in stark mit Fremdparkern be-  
1060lasteten Bereichen auf Basis einer Untersuchung der Verkehrsverwaltung, aus  
1061der die entsprechende Notwendigkeit hervorgeht, ausgeweitet.

1062 Zur Verringerung des Lieferverkehrs in der Innenstadt wird eine Bündelung der  
1063 Liefervorgänge, z.B. durch eine zentrale Sammlung und Verteilung mit einem  
1064 Verteilzentrum am Innenstadtrand (Citylogistik), angestrebt. Zur Vermeidung  
1065 von Schwerlastdurchgangsverkehr in Mainz und zur Verringerung des Schwer-  
1066 lastverkehrs insgesamt werden Verkehrsbeschränkungen (z.B. Sperrung  
1067 Rheinallee im Bereich Neustadt nach Verlagerung des Containerterminals) um-  
1068 gesetzt. Größere Verlagerungen des Verkehrs innerhalb der Stadt sind dabei zu  
1069 vermeiden. Es besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer Verstärkung der  
1070 Verkehrsüberwachung im fließenden Verkehr an verkehrlich problematischen  
1071 Stellen (z. B. vor Kindergärten und Schulen).

1072 Die Stadt Mainz als Landeshauptstadt und Oberzentrum braucht auch in Zu-  
1073 kunft eine hervorragende Verkehrsanbindung auf der Schiene. Eine gute Be-  
1074 dienung im Fernverkehr (IC und ICE) durch die DB muss auf Dauer gewährleis-  
1075 tet werden; eine weitere Ausdünnung darf nicht erfolgen. Notwendig ist eine

1076 Stärkung der Verbindung nach Frankfurt und zum Flughafen in Takt und Qualität  
1077 über die S-Bahn hinaus. Ein guter Nahverkehr in der Stadt und eine Anbindung  
1078 an das weitere Rhein-Main-Gebiet sowie das rheinhessische Umland sind ent-  
1079 scheidend für die Attraktivität der Stadt Mainz als Oberzentrum. Nach der Schaf-  
1080 fung des Verkehrsverbundes Rheinhessen-Nahe (RNN) ist eine weitere Ver-  
1081 besserung der Stadt-Umlandbeziehungen durch eine Kooperation der Unter-  
1082 nehmen erforderlich. Der Neubau einer Straßenbahnstrecke Hauptbahn-  
1083 hof/West – Universität – Stadion/Fachhochschule – Bretzenheim - Marienborn –  
1084 Lerchenberg wird derzeit untersucht und soll bei positivem Ergebnis der stan-  
1085 dardisierten Bewertung und Förderung angestrebt. Als weitere Netzergänzun-  
1086 gen sollen die Anbindung Quartier Zollhafen vom Bismarckplatz sowie die Ver-  
1087 bindung Hauptbahnhof/West zum Schillerplatz (Direktanbindung Universi-  
1088 tät/Innenstadt) untersucht werden. Der Ausbau der Straßenbahn muss im Ein-  
1089 klang mit einer Stärkung der Stadtumlandverkehrs stehen, hier bestehen erheb-  
1090 liche Potenziale für den ÖV. Problemstellen im Busnetz, z. B. durch Busspuren  
1091 an Zuläufen zu Knotenpunkten (z. B. Pariser Tor, Saarstraße, Theodor-Heuss-  
1092 Brücke) müssen beseitigt werden; gegebenenfalls sind die Verkehrsflächen neu  
1093 zu ordnen (z.B. Holzhofstraße). Die Umsteigemöglichkeiten zwischen örtlichem  
1094 und regionalem ÖV (z.B. Kreisel Mainz-Kastel, Bahnhof Schott Glaswerk) und  
1095 innerhalb des örtlichen ÖV (z.B. Pariser Tor) sollen durch attraktive Umsteige-  
1096 anlagen verbessert werden. Haltestellen und deren Zuwege müssen weiter be-  
1097 hindertengerecht (barrierefrei) ausgebaut werden. Diese Bushaltestellen sind  
1098 vorrangig als Fahrbahnrandhaltestellen oder Buscaps einzurichten. Durch nach-  
1099 haltige Beschleunigungen an Lichtzeichenanlagen zur Reduzierung der Verlust-  
1100 zeiten soll der ÖPNV attraktiver werden. Dies könnte mithilfe neuer technischer  
1101 Systeme (Verkehrsrechner, ITCS) realisiert werden. Ziel sind störungsfreie  
1102 Fahrwege; gerade bei Großveranstaltungen. Die Führung des Busverkehrs  
1103 über die Ludwigsstraße ist Teil einer optimalen Erschließung der Innenstadt mit  
1104 dem ÖPNV und einer störungsfreien Führung von der Universität bis zur Theo-  
1105 dor-Heuss-Brücke. Von der weitgehenden Trennung profitieren ÖPNV und Indi-  
1106 vidualverkehr gleichermaßen. In der Ludwigsstraße ist eine Reorganisation der  
1107 Haltestellen im Zusammenhang mit einer baulichen Entwicklung anzustreben.  
1108 Die Zahl der Eingriffe in den Linienverkehr auf den Hauptachsen (u. a. Lud-  
1109 wigsstraße) durch Veranstaltungen sollte im Interesse der Fahrgäste begrenzt  
1110 bleiben auf die traditionellen Großveranstaltungen und die für deren Durchfüh-  
1111 rung unbedingt erforderlichen Zeiträume. Im ÖPNV sollen umweltfreundliche  
1112 alternative Antriebstechnologien erprobt werden. Ergänzende Maßnahmen, die  
1113 den ÖPNV indirekt oder den Umweltverbund fördern (z.B. Car-sharing), werden  
1114 unterstützt.

1115 Das Radverkehrsnetz muss Schritt für Schritt weiter ausgebaut werden, um die  
1116 Attraktivität des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels weiter zu verbessern. Für  
1117 die Sanierung vorhandener Radwege und Lückenschlüsse wird die erfolgte Er-  
1118 höhung der Mittel für Kleinmaßnahmen dauerhaft beibehalten. Die Funktion ei-  
1119 nes Fahrradbeauftragten im bisherigen Umfang bleibt bei der Stadtverwaltung  
1120 erhalten. Eine Verbesserung der Situation bei den Fahrradabstellplätzen, insbe-  
1121 sondere am Hauptbahnhof und am Dom, ist erforderlich und wird angestrebt.  
1122 Der Aufbau des vom Bundesverkehrsministerium geförderten, in den ÖPNV in-  
1123 tegrierten Fahrradverleihsystems wird unterstützt. Bei unsicheren Radwegen,  
1124 Radwegen in schlechten baulichen Zustand sowie Radwegen, die der Straßen-  
1125 verkehrsordnung nicht entsprechen, wird die Benutzungspflicht aufgehoben.  
1126 Zur Vermeidung von Fahrradverkehrsunfällen ist die Absicherung von Baustel-  
1127 len zu verbessern bzw. besser zu überwachen.

## 1128 **7. Stadtentwicklung und Bauen**

### 1129 **7.1 Masterplan Mainz**

1130 Wir setzen uns für die Aufstellung eines Masterplans für die Gesamtstrategie  
1131 der Stadtentwicklung von Mainz ein. Der Masterplan soll themenübergreifend  
1132 die langfristigen Perspektiven in der baulichen, verkehrlichen und wirtschaftli-  
1133 chen Entwicklung von Mainz aufzeigen und dabei die Schnittstellen zu den Be-  
1134 reichen Bildung, Umwelt und Soziales einbeziehen. Ähnlich wie in anderen  
1135 Städten (Köln, Frankfurt) soll die Aufstellung des Masterplans Mainz durch ein  
1136 breites Bündnis aus Wirtschaft, Verwaltung und Gremien der Stadt unter her-  
1137 vorgehobener Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner aufgestellt,  
1138 unterstützt und umgesetzt werden. Der Masterplan soll als Klammer für die vie-  
1139 len bereits jetzt existierenden Einzelkonzepte in der Stadtentwicklung dienen.  
1140 Er wird als verbindliches Stadtentwicklungskonzept und als maßgeblicher Leit-  
1141 faden für künftige Entscheidungen verankert sein, z. B. für die Verortung künftiger  
1142 Nutzungen. Der Masterplan soll auch als Grundlage und zur Orientierung  
1143 für beratende Gremien wie den künftigen Städtebaubeirat sein. Die künftige  
1144 Stadtentwicklung hat ökologischen und ökonomischen Aspekten hinsichtlich des  
1145 Flächenbedarfs Rechnung zu tragen. Innenentwicklung geht vor Flächen-  
1146 verbrauch im Außenbereich. Mainz muss in der Qualität wachsen, nicht in der  
1147 Fläche! Die konsequente Nutzung von Konversionsflächen in diesem Sinn  
1148 spielt dabei eine wichtige Rolle.

1149 Die Ausrichtung an den Hauptentwicklungachsen der Stadt (Fünf-Finger-

1150 Prinzip) bleibt Grundlage der Stadtentwicklung. Der Gefahr der Zersiedlung,  
1151 zum Beispiel durch Bauvorhaben im Außenbereich, werden wir entgegenwir-  
1152 ken.

1153 Die Entwicklung des Zollhafens und die Entwicklung der nördlichen Neustadt  
1154 entsprechend des Rahmenplans sind Meilensteine der Stadtentwicklung von  
1155 Mainz. Sie sind auf Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Krite-  
1156 rien voranzutreiben. Der Kommissbrotbäckerei kommt als Scharnier zwischen  
1157 dem neu zu entwickelndem Zollhafen-Quartier und der Neustadt als vielfältigem  
1158 und urbanen Stadtteil eine Schlüsselfunktion zu. Die Kommissbrotbäckerei ist  
1159 nach Aufgabe durch die Bundeswehr als Stadtteil- und Kulturzentrum mit ange-  
1160 messener gewerblicher Nutzung zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit gilt  
1161 dabei aktuellen Schwerpunkten der Stadtentwicklung wie Zwerchallee, Blei-  
1162 chenviertel, Nördliche Neustadt und Ludwigsstraße. Diese ist als Einkaufs-  
1163 standort zu verbessern und als Warenhausstandort zu erhalten. Damit die City  
1164 attraktiv und unverwechselbar bleibt, ist inhabergeführter Einzelhandel grund-  
1165 sätzlich gegenüber Filialisten zu bevorzugen. Ein lückenloses Versorgungsnetz  
1166 für Waren des täglichen Bedarfs ist vor allem in den Ortskernen auszuweisen.

1167 Mainz bewirbt sich darum, dass die Innenstadt in das Landesprogramm „Aktive  
1168 Stadt- und Ortsteilzentren“ aufgenommen wird. Noch nicht erledigte innerstädti-  
1169 sche Sanierungsobjekte sollen mit Städtebauförderungsrecht und mit Städte-  
1170 bauförderungsmitteln abgeschlossen werden. Im Quartier der Großen Lang-  
1171 gasse werden Modellprojekte einer verbindlichen Zusammenarbeit zwischen  
1172 Stadt und Privaten zur Stärkung von Geschäftsquartieren geprüft (in Anlehnung  
1173 an Business Improvement Districts). Diese Modelle werden bei Erfolg auf weite-  
1174 re Geschäftsquartiere übertragen.

## 1175 **7.2 Stadtklima**

1176 Die klimatischen Veränderungen werden eine Herausforderung für die Bau- und  
1177 Stadtentwicklung in Mainz darstellen. Negative Auswirkungen von Bauvorhaben  
1178 auf das Stadtklima sollen vermieden werden. Die dem Stadtklima förderlichen  
1179 Frischluftschneisen sind uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Die Koalition  
1180 beauftragt außerdem die Verwaltung zu prüfen, inwieweit durch Maßnahmen  
1181 positive Klimaeffekte erzielt werden können. Daher sind die Frischluftzufuhr,  
1182 Begrünung des bebauten Gebiets und Vermeidung der Flächenversiegelung  
1183 von hoher Priorität. Die mit dem Stadionneubau zusammenhängenden Beein-  
1184 trächtigungen des Stadtklimas werden durch geeignete Maßnahmen (kein zu-  
1185 sätzliches Parkdeck am Stadion, Freihalten der Frischluftschneise an den Rö-  
1186 mersteinen) so gering wie möglich gehalten.

### 1187 **7.3 Wohnraum**

1188 Angesichts des demografischen Wandels ist zusätzlicher qualitativer senioren-  
1189 gerechter Wohnraum zu schaffen. In den nächsten fünf Jahren sollen Tausend  
1190 seniorengerechte oder generationenübergreifende Wohnungen in Mainz reali-  
1191 siert werden. Ansprüchen an die Barrierefreiheit ist dabei in besonderem Maß  
1192 Rechnung zu tragen.

1193 Die Aufgaben der Wohnbau müssen sich künftig wieder auf die ursprüngliche  
1194 Kernkompetenz konzentrieren, nämlich die Schaffung von bezahlbarem, quali-  
1195 tativem Wohnraum. Gerade für Familien mit Kindern muss ein ausreichendes  
1196 Angebot an bezahlbaren Wohnungen in Mainz dauerhaft gesichert sein. Die  
1197 Anzahl sozial geförderter Wohnungen in Mainz soll deutlich erhöht werden. Da-  
1198 für soll verstärkt Information und Beratung für diesen Bereich angeboten wer-  
1199 den. Sämtliche notwendige Maßnahmen sind hierbei unter Berücksichtigung  
1200 wirtschaftlicher Erfordernisse abzuwägen. In Bebauungsplänen wird nach Mög-  
1201 lichkeit ein Anteil sozial geförderten Wohnraums vorgeschrieben. Durch die  
1202 Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen wird dafür Sorge getragen,  
1203 dass der Bau von zusätzlichen Studierendenwohnheime ermöglicht wird und  
1204 dass Studierende in Mainz zu vertretbaren Preisen Wohnraum finden. Die be-  
1205 hutsame Nachverdichtung sowohl innerstädtisch als auch in den Vororten – bei  
1206 konsequenter Einhaltung des Achsenkonzepts - ist durch die effiziente Nutzung  
1207 des Instruments von Bebauungsplanung zu regulieren. Die Aufstellung von Be-  
1208 bauungsplänen zur Steuerung der Nachverdichtung sind bedarfsgerecht und  
1209 den Kapazitäten der Verwaltung entsprechend zu nutzen. In Zusammenarbeit  
1210 mit den Ortsbeiräten wird eine Prioritätenliste zur Aufstellung von Bebauungs-  
1211 plänen aufgestellt.

### 1212 **7.4 Barrierefreie Stadt**

1213 Die Gestaltung eines barrierefreien Umfelds, z. B. die Entwicklung integrativer  
1214 Wohnangebote und die Fortsetzung des Projektes „Barrierefreier Tourismus“  
1215 sind von besonderer Bedeutung. Die barrierefreie Gestaltung der Mainzer In-  
1216 nenstadt ist insgesamt voranzutreiben. Dazu zählen Wohnungen, öffentlicher  
1217 Raum, Geschäfte oder Behörden. Das Blindenleitsystem wird verbessert und  
1218 erweitert. Möblierungen des öffentlichen Raums werden außerhalb der Gehrou-  
1219 ten platziert. Bei der Neuanlage von Straßen wird die Bordsteinhöhe optimiert  
1220 und gesicherte Null-Absenkungen eingeführt. Öffentliche Gebäude werden, so  
1221 noch nicht geschehen, barrierefrei umgestaltet. Die Fußgängerbrücke zwischen  
1222 Brand und Rathaus soll einen Aufzug erhalten.

## 1223 **7.5 Rathausanierung**

1224 Der „Revitalisierung“ des denkmalgeschützten Rathauses als repräsentatives  
1225 Markenzeichen der Stadt gilt besonderes Augenmerk – mit dem Ziel, diesem  
1226 Anspruch hinsichtlich funktionaler und ästhetischer Qualität gerecht werden zu  
1227 können. Als nächster Schritt ist ein angemessenes Generalsanierungskonzept  
1228 zu erstellen, das aktuelle Ansprüche an Wärmeschutz, Energiebedarf, Technik,  
1229 Gestaltung, Funktionalität sowie Arbeitsplatzqualität erfüllt.

## 1230 **7.6 Rheinufergestaltung**

1231 Bereits eingeleitete Maßnahmen sind fortzuführen, zu ergänzen bzw. zu inten-  
1232 sivieren mit dem Ziel, Mainz als Stadt am Fluss wahrnehmbarer zu machen. Die  
1233 Nutz- und Erlebarmachung der Uferzone beispielsweise durch Schaffung zu-  
1234 sätzlicher Anreize wie Gastronomie etc., nach Möglichkeit im Dialog mit aktuel-  
1235 len Projekten auf hessischer Seite, steht dabei im Mittelpunkt der Bemühungen.  
1236 Bei allen Maßnahmen sind die Ergebnisse des Rheinuferforums zu berücksich-  
1237 tigen.

## 1238 **7.7 Mainzer Plätze**

1239 Um die Aufenthaltsqualität auf den Mainzer Plätzen zu erhöhen, sollen Bänke,  
1240 Bäume, Büsche und Blumenbeete ergänzt werden, wo immer es möglich ist.  
1241 Bei Veranstaltungen und Events sind die Interessen der Anwohnerinnen und  
1242 Anwohner zu berücksichtigen und Grünflächen zu schonen. Veranstaltungen  
1243 und Events sind auf geeignete Standorte im gesamten Stadtgebiet zu verteilen.  
1244 Bei allen Maßnahmen sind die Ergebnisse des Rahmenplans „Mainzer Plätze“  
1245 zu berücksichtigen.

## 1246 **7.8 Mainzer Häfen**

1247 Die im Interesse einer qualitätvollen Stadtentwicklung geplanten Absichten bei  
1248 Zollhafen und Winterhafen sind zu fördern. Der Zollhafen bietet eine großartige  
1249 Chance, ein Glanzpunkt in der Stadtentwicklung zu werden. Dadurch werden  
1250 nicht nur attraktive Wohngebiete am Rhein geschaffen, sondern es bieten sich  
1251 auch neue Möglichkeiten der Entwicklung des Rheinuferes.

## 1252 **7.9 Naherholung**

1253 Wir setzen uns für die Vernetzung von Grün- und Erholungsflächen ein. Vor-  
1254 handene Naherholungsflächen wie z.B. der Lennebergwald, das Gonsbachtal,  
1255 die Draiser Senke, der Volkspark etc. müssen u.a. durch geeignete landschaft-

1256 gestalterische Maßnahmen aufgewertet und zusätzliche wie z.B. das Portland-  
1257 gelände oder das Rheinufer Weisenau ausgewiesen werden. Ein Grünflächen-  
1258 park von den Römersteinen zur Draiser Senke („Landschaftsfinger“) wird ange-  
1259 strebt. Die Grünflächen in der Innenstadt sind aufzuwerten.

## 1260 **7.10 Neuordnung Regierungsviertel**

1261 Auch das Regierungsviertel und das Mainzer Schloss sind repräsentative Aus-  
1262 hängeschilder der Stadt Mainz mit attraktiver Fernwirkung. Die Auslobung und  
1263 Umsetzung der Realisierungs- und Ideenwettbewerbe in Folge des „Forums  
1264 Regierungsviertel“ sind für die qualitative Mainzer Stadtentwicklung wün-  
1265 schenswert. Ziel der laufenden Wettbewerbe soll eine Attraktivitätssteigerung  
1266 des Regierungsviertels sein.

## 1267 **8. Kultur und Denkmalpflege**

1268 Mainz ist eine Stadt, die Tradition und Moderne verbindet. Wir wollen die leben-  
1269 dige und vielfältige Kulturlandschaft in Mainz erhalten und sie fördern.

1270 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die zukünftige kulturelle Entwicklung  
1271 von Mainz eine große aber unverzichtbare Herausforderung darstellt. Es ist  
1272 Aufgabe der politischen Gremien, die Leitlinien der Kulturentwicklung festzule-  
1273 gen und in diesem Rahmen deren Umsetzung zu fördern. Um diese Neuaus-  
1274 richtung zu erreichen, ist von der Stadt Mainz ein Kulturentwicklungsplan zu er-  
1275 arbeiten, der die Chancen zur Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt schafft.  
1276 Die Kulturszene in Mainz ist sehr kreativ und innovativ und es gilt dieses Poten-  
1277 zial weiterhin den unterschiedlichen Bereichen angemessen zu fördern und zu  
1278 erhalten.

1279 Da Kulturarbeit immer von den handelnden Personen und deren Engagement  
1280 abhängt, kann durch eine längerfristige Entwicklungsplanung Fehlentwicklun-  
1281 gen und dem Ausfall einzelner kultureller Sparten frühzeitig begegnet und die  
1282 gesamte Kulturlandschaft in Mainz gestärkt werden.

1283 Es soll die Einrichtung eines Eigenbetriebes Kultur geprüft werden. Der Eigen-  
1284 betrieb soll eng mit den verschiedenen kulturellen Einrichtungen zusammenar-  
1285 beiten und diese bei der Entwicklung einbeziehen.

1286 Das Konzept eines Eigenbetriebes entbindet die Stadt nicht von ihrer politi-  
1287 schen Verantwortung und darf die Verantwortung demokratisch legitimierter  
1288 Gremien nicht untergraben. Es soll vielmehr neue Wege ebnen und die Organi-

1289 sation von Kulturförderung professionalisieren. Die Frage des Eigenbetriebs ist  
1290 im Kontext der gesamten Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen zu  
1291 betrachten.

## 1292 **8.1 Bauhistorie und Denkmalschutz**

1293 Die historische Bausubstanz ist unser kulturelles Erbe und ist identitätsstiftend  
1294 für alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt. Die zahlreichen histori-  
1295 schen, kirchlichen und profanen Baudenkmäler aller Epochen in Mainz sind  
1296 wichtig für das Selbstverständnis und das historische Bewusstsein in der Be-  
1297 völkerung und sowie für die Attraktivität der Stadt als touristisches Ziel. Wir wol-  
1298 len dieses Erbe pflegen und setzen dabei auch auf das große ehrenamtliche  
1299 Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für die Erschließung, Erhaltung und  
1300 Pflege historischer Bauten; dies betrifft insbesondere den Dom, St. Stephan, die  
1301 Zitadelle, das Kurfürstliche Schloss, das Römische Mainz etc..

## 1302 **8.2 Das römische Erbe von Mainz**

1303 Das römische Erbe der Stadt Mainz muss weiterhin bewahrt, fortschreitend er-  
1304 schlossen und behutsam gepflegt werden. Mit der Entwicklung eines neuen ar-  
1305 chäologischen Zentrums in der südlichen Altstadt durch Verlagerung des RGZM  
1306 bietet sich eine großartige Chance, dieses Anliegen in den nächsten Jahren  
1307 entscheidend voran zu bringen und in Verbindung mit der Ausgrabungsstelle  
1308 des Römischen Theaters eine einmalige städtebauliche und historisch bedeut-  
1309 same Situation zu schaffen, der auch als außerschulischer Bildungsort zur an-  
1310 anschaulichen Vermittlung von geschichtlichem Wissen über die Antike geeignet  
1311 ist. Wir gehen davon aus, dass die Verlagerung des RGZM finanziell abgesi-  
1312 chert ist und für die Stadt Mainz für den laufenden Betrieb keine Folgekosten  
1313 entstehen.

## 1314 **8.3 Das Kurfürstliche Schloss**

1315 Das Kurfürstliche Schloss ist ein Baudenkmal von epochenübergreifender Be-  
1316 deutung und hoher Relevanz für gegenwartsbezogene Nutzungen. Wir setzen  
1317 uns für den Erhalt und die Sanierung des Schlosses ein; wir sind uns einig,  
1318 dass die Sanierung außerhalb des städtischen Haushalts fortzusetzen ist. Da-  
1319 bei gilt es, auch die Perspektiven für das Kongresswesen am Standort aufzu-  
1320 zeigen.

1321 **8.4 Staatstheater**

1322 Das Staatstheater ist eine wichtige Einrichtung für die kulturelle Strahlkraft un-  
1323 serer Stadt. Für Mainz bedeutet dies, das Theater weiterhin so zu finanzieren,  
1324 dass ein lebendiger, moderner Spielbetrieb der Stadt überregional Charakter  
1325 und Attraktivität verleiht. Wir sind uns einig, dass das Theater finanzielle Pla-  
1326 nungssicherheit benötigt. Der städtische Anteil wird mit dem Haushalt 2010 auf  
1327 11,2 Mio. Euro erhöht und für die laufende Wahlperiode auf diesem Niveau fort-  
1328 geschrieben..

1329 Von der Staatstheater GmbH selbst wird ein eigenes Bemühen um Erschlie-  
1330 ßung von Einnahmequellen, beispielsweise aus der Vermarktung von Räum-  
1331 lichkeiten erwartet.

1332 **8.5 Überprüfung von Straßennamen**

1333 Benennungen von Straßen, Wegen und Plätzen leisten einen wichtigen Beitrag  
1334 zur Förderung des geschichtlichen Bewusstseins. Wir erkennen die Notwendig-  
1335 keit an, historisch belastete Straßennamen zu überprüfen und ggf. umzubenenn-  
1336 en. Bisher nicht hinreichend gewürdigte Bezugspunkte in der Stadtgeschichte  
1337 bei Straßenbenennungen stärker zu berücksichtigen. Das Vorschlagsrecht der  
1338 Ortsbeiräte für Straßenbe- und -umbenennungen bleibt unbenommen

1339 **8.6 Gedenken und Erinnern**

1340 Wir bekennen uns zu dem Grundsatzbeschluss des Stadtrats für ein würdiges  
1341 Gedenken aller Mainzer Opfer der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.  
1342 Der Diskussionsprozess zur konkreten Umsetzung dieses Anliegens wird unter  
1343 der Verantwortung des Kulturdezernats wieder aufgenommen. Dabei müssen  
1344 die Verbände und Vertretungen aller im NS verfolgten Gruppen einbezogen  
1345 werden. Hierbei wollen die Koalitionsparteien auch das umfangreiche beste-  
1346 hende Engagement zahlreicher Mainzer Organisationen aufgreifen und deren  
1347 Akteure einbeziehen.

1348 **8.7 Museen**

1349 Das Naturhistorische Museum der Stadt Mainz hat an Attraktivität gewonnen.  
1350 Die Koalitionsparteien begrüßen das Vorhaben, unter dem Dach des Museums  
1351 ein Zentrum für Umweltbildung und –kommunikation zu errichten. Sie sind sich  
1352 einig, dass die vielfältige Museumslandschaft in Mainz davon profitieren wird  
1353 und dass weitere Schritte notwendig sind. Das Gutenberg-Museum soll neben  
1354 seinem Wissenschafts- und Forschungsauftrag an Attraktivität für die Besuche-

1355 rinnen und Besucher gewinnen, um durch eine moderne, möglichst interaktive  
1356 Museumspädagogik und häufige und profilierte Einzelausstellungen attraktive  
1357 Angebote zu machen. Hierbei ist auch eine Überprüfung des Raumnutzungs-  
1358 konzepts nötig. Um Spielräume für eine qualitative Weiterentwicklung des Mu-  
1359 seums zu gewinnen, wird sich die Stadt Mainz um Landes- und Bundesmittel  
1360 zur Finanzierung der überregional bedeutsamen wissenschaftlichen Aktivitäten  
1361 bemühen. Ein Erweiterungsbau ist derzeit nicht möglich. Die Koalitionspartner  
1362 werden diese Kriterien bei der Neubesetzung der Direktorenstelle beachten.  
1363 Um die Raumnot aller Museen zu mindern und finanzielle Einsparungen zu er-  
1364 möglichen, soll die Möglichkeit eines zentralen Magazins für alle Museen und  
1365 Sammlungen geprüft werden.

## 1366 **8.8 Bibliotheken und Stadtarchiv**

1367 Die städtischen Bibliotheken und das Stadtarchiv können ihrem gesetzlichen  
1368 Auftrag aus Raumangel kaum nachkommen. Die geplante Umsiedlung dieser  
1369 Institutionen in neue, erweiterte Räumlichkeiten ist durchzuführen, denn diese  
1370 Einrichtungen sind unverzichtbare Bausteine der Wissenschafts- und Kultur-  
1371 stadt Mainz. Für die Leseförderung speziell im Kinder- und Jugendbereich ist es  
1372 wichtig, ein Netz dezentraler Ausleihstellen zu unterhalten.

## 1373 **8.9 Kunst im öffentlichen Raum**

1374 Die kulturelle Vielfalt von Mainz muss auch im Stadtbild wahrnehmbar sein. Bei  
1375 der Errichtung entsprechender Projekte soll künftig mehr Beteiligung der Öffent-  
1376 lichkeit erreicht werden. Dazu müssen die zuständigen Ortsbeiräte, Fachgre-  
1377 mien wie der Kunstbeirat und die interessierte Bevölkerung stärker einbezogen  
1378 werden.

## 1379 **8.10 Gestaltung des öffentlichen Raumes**

1380 Auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist ein wichtiger Standortfaktor für  
1381 Mainz. Aus diesem Grund ist eine attraktive Gestaltung durch die Stadt und die  
1382 vielen Initiativen so wie durch die Gewinnung ehrenamtliche Paten zu errei-  
1383 chen.

## 1384 **8.11 Wissenschaftsstadt Mainz**

1385 Mainz muss seine Potenziale als Wissenschaftsstadt besser nutzen. Hierfür  
1386 bieten die renommierten Hochschulen, die zahlreichen Institute und das gesam-  
1387 te wissenschaftliche Gefüge dieser Stadt gemeinsam mit innovativen Unter-

1388 nehmen ideale Voraussetzungen. Mit der Bewerbung um den Titel „Wissen-  
1389 schaftsstadt 2011“ geht Mainz in die Offensive und zeigt seine hervorragenden  
1390 Eigenschaften in Forschung und Lehre. Wir möchten diesen Prozess auch mit  
1391 breiter Beteiligung der Mainzer Bevölkerung begleiten und unterstützen.

## 1392 **8.12 Förderung von freien Projekten und Initiativen**

1393 Freie Kulturprojekte sind unverzichtbar dafür, dass Neues entsteht, experimen-  
1394 telle und innovative Ansätze erprobt werden und damit sich kulturelle Aktivitäten  
1395 aus der Gesellschaft heraus entwickeln können. Deshalb wird die Koalition die  
1396 Förderung einzelner Projekte wieder aufnehmen und den hierfür zuständigen  
1397 städtischen Vergabebeirat reaktivieren. Zusätzlich zur jährlichen Vergabe von  
1398 Projektmitteln soll ein Verfügungsfonds eingerichtet werden, damit kleinere Zu-  
1399 schüsse (beispielsweise für Druckkosten) durch den Kulturausschuss schnell  
1400 und unbürokratisch gewährt werden können. Die Mittelvergabe für Kulturprojek-  
1401 te soll Zuschüsse als Anschubfinanzierung ermöglichen mit dem Ziel, dass ge-  
1402 förderte Gruppen später nach Möglichkeiten auch ohne Zuschüsse kulturelle  
1403 Projekte realisieren können. Freie Kulturinitiativen decken auch dauerhaft Spar-  
1404 ten ab und bereichern das kulturelle Leben um Angebote, die in öffentlich ge-  
1405 tragenen Einrichtungen nicht vorkommen (z.B. Jazz, Kabarett, Performance,  
1406 Filmkunst). Die bisherige institutionelle Förderungspraxis soll mit dem Ziel  
1407 überprüft werden, die kulturelle Vielfalt in der Stadt zu erweitern und auch neu-  
1408 en Gruppen Möglichkeiten zu eröffnen.

## 1409 **8.13 Kulturelle Treffpunkte für Mainz**

1410 Die Koalitionspartner streben an, bei der künftigen Nutzung der Kommissbrot-  
1411 bäckerei in der Neustadt einen Teil der Räume als selbstverwaltetes Kulturzent-  
1412 rum einzurichten. Die Arbeit der Kulturfabrik Airfield auf dem Layenhof soll auch  
1413 bei einer Weiterentwicklung des Areals erhalten bleiben und die entstandene  
1414 Szene soll sich weiter entwickeln können. Zur kulturellen Szene in Mainz gehört  
1415 auch das Kulturzentrum (KUZ). Der Standort in der Dagobertstraße wird durch  
1416 eine zeitnahe Veräußerung der benötigten Grundstücksflächen an die Betreiber  
1417 gesichert.

## 1418 **8.14 Kulturelle Teilhabe**

1419 Kulturelle Angebote sind für die Menschen gemacht und es muss gelingen,  
1420 mehr Menschen den Zugang zu ihnen zu ermöglichen und zu erleichtern. Für  
1421 Menschen mit niedrigem Einkommen soll mit dem MainzPass ein System zur  
1422 vergünstigten Nutzung kultureller Einrichtungen für etabliert werden.

1423 Für Kulturschaffenden in Mainz soll die Möglichkeit bestehen künftig ihre Ange-  
1424 bote exemplarisch auf einer zentralen Homepage der Stadt eintragen zu lassen,  
1425 damit sie leichter und tagesaktueller wahrgenommen werden können. Diese  
1426 Seite soll den Interessierten die Angebotsvielfalt präsentieren.

1427 Zur Förderung der Baukultur wird ein mit externen Expertinnen und Experten  
1428 besetzter Planungs- und Gestaltungsbeirat eingesetzt. Dieser soll in seiner Ar-  
1429 beit eine breite Öffentlichkeit für das Thema qualitätvoller und nachhaltiger Bau-  
1430 kultur in unserer Stadt sensibilisieren. Die wichtige Arbeit des Denkmalschutzes  
1431 wird unter Berücksichtigung der Herstellung von Barrierefreiheit und der wirt-  
1432 schaftlichen Zumutbarkeit engagiert vorangetrieben.

## 1433 **9. Sport**

1434 Der Sport erfüllt in unserer Gesellschaft wichtige Funktionen. Alle Sportbereiche  
1435 in unserer Stadt, ob es Schul-, Freizeit-, Vereins- oder Spitzensport ist, ermögli-  
1436 chen soziale Kontakte und schaffen Erlebnisse und Erfahrungen. Bei der Um-  
1437 setzung wollen wir alle genannten Bereiche angemessen berücksichtigen. Des-  
1438 halb streben die Koalitionsparteien in der laufenden Wahlperiode die Umset-  
1439 zung folgender Ziele an:

- 1440 • Die Schaffung von wohnungsnahen Sportangeboten, durch die vom Breiten-  
1441 bis zum Spitzensport alle Bereiche gefördert werden. Dabei werden die Er-  
1442 gebnisse der existierenden Sportbedarfsanalyse eingearbeitet;
- 1443 • Die Förderung des vereinsunabhängigen Sports durch die Verbesserung  
1444 bestehender Einrichtungen (z.B. Laufstrecken im Volkspark, im Lenneberg-  
1445 wald oder im Hartenbergpark, Verbesserung von Bolzplätzen) oder die  
1446 Schaffung neuer Einrichtungen. Im Zuge der Umgestaltung des Volksparks  
1447 gilt es, weitere Sportangebote zu schaffen;
- 1448 • Stimmrecht im Sportausschuss für den Stadtsportverband;
- 1449 • Einrichtung eines Mainzer Sporttages, durch den einerseits die Vereine die  
1450 Gelegenheit erhalten, ihr Programm zu präsentieren, andererseits die Inte-  
1451 ressierten kompakt kennenlernen können, welche Sportangebote in Mainz  
1452 vorgehalten werden. Dabei ist angestrebt Partner und Sponsoren, wie z.B.  
1453 Träger des Gesundheitswesens, einzubinden. Eventuell kann ein solcher  
1454 Sporttag in das Programm „Mainz lebt auf seinen Plätzen“ eingebunden  
1455 werden;
- 1456 • Im Bereich des Schulsports eine Optimierung der Nutzung von Hallen und

- 1457 Plätzen, um unter anderem eine Minimierung der Fahrtzeiten für Schölerin-  
1458 nen und Schöler zu erreichen. Eine engere Verzahnung und Kooperation  
1459 zwischen Schulen und Sportvereinen wird weiterhin angestrebt. Dabei ist zu  
1460 prüfen, ob und in welchem Maße Förderprogramme des Landessportbundes  
1461 genutzt werden können;
- 1462 • Die weitere Umsetzung des bestehenden Sportstätten-  
1463 sanierungsprogramms;
  - 1464 • Den Neubau und die Unterhaltung von Sporthallen (mit erster Priorität  
1465 Finthen). Dabei wird die Koalition die bestehende Sportbedarfsanalyse als  
1466 Grundlage für die Sportstättenentwicklung nutzen. Das Ziel einer Großsport-  
1467 halle wird ebenfalls weiterverfolgt.
  - 1468 • Erhalt des Fördertopfes für Investitionsmaßnahmen für Sportvereine. Dabei  
1469 ist vorgesehen, eine Anpassung an die allgemeinen Kostensteigerungen  
1470 vorzunehmen;
  - 1471 • Förderung der Ehrenamtlichkeit durch Einrichtung eines Zuschusstoppes für  
1472 Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Übungs- und Organisationsleitern  
1473 kleinerer Sportvereine
  - 1474 • Förderung des Vereinssports und Optimierung des privaten Mitteleinsatzes  
1475 durch städtische Bürgschaften oder Zuschüsse.

## 1476 **10. Bürgerschaftliches Engagement / Bürgerinnen- 1477 und Bürgerbeteiligung**

1478 Die Koalitionspartner streben an, Mainz in der kommenden Legislaturperiode in  
1479 den Bereichen bürgerschaftliches Engagement und Bürgerinnen- und Bürger-  
1480 beteiligung entscheidend weiter zu entwickeln („Bürgerkommune“). Um dies zu  
1481 erreichen, wird eine kommunale Gesamtstrategie für ein Leitbild des bürger-  
1482 schaftlichen Engagements für Mainz entwickelt. Ziel ist es, den sozialen Zu-  
1483 sammenhalt und die Lebensqualität im Gemeinwesen zu verbessern sowie die  
1484 lokale Demokratie zu stärken.

1485 Die Entwicklung des Gesamtmodells sowie die Umsetzung einzelner Maßnah-  
1486 men müssen gemeinschaftlich durch die drei „Säulen“ Stadtrat, Verwaltung und  
1487 Bürgerschaft erfolgen. Dies gilt für das Ausarbeiten grundsätzlicher Ideen eben-  
1488 so wie für die Festlegung von einzelnen Verfahren und die regelmäßige Evalu-  
1489 ierung während der laufenden Verfahren und ihre Überprüfung auf Kosten und  
1490 Angemessenheit hin.

1491 Die Koalitionspartner verpflichten sich, immer vor dem Hintergrund der Finan-  
1492 zierungsmöglichkeiten, Bürgerbeteiligung als kommunikativen Prozess zu er-  
1493 möglichen, der themenspezifisch, projektorientiert und auf einzelne Bereiche  
1494 zeitlich begrenzt abläuft. Die grundlegenden „Spielregeln“ sind Transparenz,  
1495 Ergebnisoffenheit und faire Einflusschancen für die Bürgerschaft.

1496 Um das Ziel der „Bürgerkommune Mainz“ zu erreichen, sollen unter anderen  
1497 folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

### 1498 **Stärkung des ehrenamtlichen Engagement**

- 1499 • Ausbau und Stärkung von Engagement fördernden Einrichtungen wie  
1500 Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Stadt-  
1501 teilkonferenzen.
- 1502 • Stärkere Vernetzung zwischen der Ehrenamtsagentur Mainz und den Main-  
1503 zer Schulen, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig und umfassend über  
1504 die vielfältigen Möglichkeiten im Bereich des Ehrenamts zu informieren und  
1505 gemeinsame Strategien zu erarbeiten (Schüler-Projekttag etc.).
- 1506 • Überprüfung des städtischen Würdigungswesens auf neue, „angemessene“  
1507 und zeitgerechte Formen der Anerkennung (insbesondere für Jugendliche),  
1508 Ehrung von Teams statt Einzelpersonen etc..
- 1509 • Vorschlagsrecht der Ortsbeiräte für städtische Ehrungen wie den Bürger-  
1510 empfang, um die die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements stär-  
1511 ker in den einzelnen Stadtteilen zu verankern.
- 1512 • Gründung von Unternehmenspatenschaften (corporate citizenship) zur För-  
1513 derung und Anerkennung von Ehrenamt (Bsp.: Finanzierung von ÖPNV-  
1514 Vergünstigungen o. ä. durch Unternehmen).

### 1515 **BürgerInnenbeteiligung**

- 1516 • Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Themen mit grund-  
1517 legenden Auswirkungen auf die Bevölkerung (Stadtentwicklung, Verkehr,  
1518 Energie etc). Zu prüfen ist, ob dies im Rahmen des B-Planvorhabens bei In-  
1519 vestitionsvorhaben der Stadt ab einer gewissen Größenordnung erfolgen  
1520 könnte. Die Form der Beteiligung (Befragung, Diskussionsforum, Stadtteil-  
1521 konferenz, Internet-Befragung) soll dem jeweiligen Thema und dem betrof-  
1522 fenen Personenkreis angepasst werden. Wünschenswert ist, in jedem Jahr  
1523 eine größere Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dabei sollen auch die Mög-  
1524 lichkeiten der e-Demokratie einbezogen werden.
- 1525 • Stärkung der Ortsbeiräte im Rahmen der stärkeren Beteiligung der betroffe-

- 1526           nen Stadtteile.
- 1527           • Die Ortsbeiräte erhalten die Möglichkeit, dem Stadtrat wichtige Anliegen in  
1528           einem einzurichtenden TOP „Anregungen der Ortsbeiräte“ als schriftliche  
1529           Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 1530           • Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Transparenz und eine zielgenauere In-  
1531           formationen über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Dazu ge-  
1532           hört auch die Unterlagen der öffentlichen Teile der Stadtrats- und Ortsbei-  
1533           ratssitzungen über das Internet allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich  
1534           zu machen.
- 1535           • Sobald ein Bürgerhaushalt mit der Einführung der Doppik vereinbar ist, soll  
1536           ein Teil des öffentlichen Haushalts durch ein partizipatives Haushaltsbera-  
1537           tungsverfahren in enger Verzahnung mit der Verwaltung aufgestellt werden.
- 1538           • Die Einsetzung eines Jugendparlaments wird geprüft.
- 1539           • Das Projekt „Come in contract“, das Kinder und Jugendliche als gleichbe-  
1540           rechtigte Verhandlungspartner betrachtet und in bestimmten Themenberei-  
1541           chen Projekte / Vereinbarungen zwischen Verwaltung (Politik) und Kindern /  
1542           Jugendlichen ausgehandelt und vereinbart, soll als eine Form der Jugend-  
1543           beteiligung erprobt werden.
- 1544           • Für Jugendliche relevante Informationen der Stadt sollen im Netz anspre-  
1545           chender gestaltet und aufgewertet werden. Zeitgemäßer Ausbau der Inter-  
1546           netpräsenz „jugend-in-mainz.de“ und Erweiterung um Informationen zur Be-  
1547           teiligung in der Kommune.
- 1548           • Bessere und zugänglichere Informationen über Jugendbeteiligung in der  
1549           Kommune– sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Mandatsträge-  
1550           rinnen und Mandatsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwal-  
1551           tung.

## 1552           **11. Fragen der weiteren Zusammenarbeit**

1553           Dieser Koalitionsvertrag zwischen den Parteien von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE*  
1554           GRÜNEN und FDP gilt für die Wahlperiode des Mainzer Stadtrates von 2009 -  
1555           2014. Alle drei Koalitionsparteien verpflichten sich, die Vereinbarungen aus dem  
1556           Koalitionsvertrag in allen städtischen Gremien umzusetzen. Die Partner tragen  
1557           dabei eine gemeinsame Gesamtverantwortung für die Erreichung der formulier-  
1558           ten Ziele.

1559           Die Koalitionspartner vereinbaren, ihre Arbeit in den städtischen Gremien re-

1560 regelmäßig miteinander abzustimmen und in allen Verfahrens-, Sach- und Perso-  
1561 nalfragen Übereinstimmung zu erzielen.

1562 Im Stadtrat sowie in allen weiteren beschickten Gremien stimmen die Koaliti-  
1563 onsparteien einheitlich ab.

1564 Der Koalitionsausschuss, der von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der  
1565 drei Koalitionsparteien gebildet wird, tritt bei Angelegenheiten von grundsätzli-  
1566 cher Bedeutung und in Angelegenheiten zusammen, in denen keine Einigung  
1567 erzielt werden konnte. Nach vorheriger Einigung des Koalitionsausschusses  
1568 können weitere Personen hinzugezogen werden.

1569 Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass

- 1570 • die Geschäftsverteilung im Stadtvorstand nach inhaltlichen Zusammenhän-  
1571 gen und klaren Zuständigkeiten erfolgen soll;
- 1572 • die für die Stadt wichtigen Politikfelder "Schule" und "Kultur" ebenfalls zu-  
1573 künftig einem hauptamtlich geführten Dezernat zugeordnet sein sollen.

1574 Die Koalitionsfraktionen werden durch einen Antrag im Stadtrat am 16. Dezem-  
1575 ber 2009 die Hauptsatzung verändern, so dass sich der Stadtvorstand neben  
1576 dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin aus vier  
1577 weiteren hauptamtlichen Dezernenten bzw. Dezernentinnen zusammensetzen  
1578 wird. Auf die nach der Gemeindeordnung mögliche Einrichtung von bis zu zwei  
1579 weiteren ehrenamtlichen Dezernaten wird verzichtet. Die durch die hauptamtli-  
1580 che Dezernierung der Bereiche "Schule" und "Kultur" erforderlichen Mehrkosten  
1581 werden dauerhaft kompensiert, in dem im Laufe der Wahlperiode dauerhaft  
1582 zwei Amtsleitungen in der Verwaltung eingespart werden.

1583 Die Parteien werden dem Oberbürgermeister folgende Dezernatsverteilung vor-  
1584 schlagen:

1585 **Dezernat I – Oberbürgermeister Beutel**

- 1586 - Stadtrat, Stadtvorstand, Ortsbeiräte, Migration/Integration
- 1587 - Bürgerversammlungen, Bürgergespräche, Bürgerinitiativen
- 1588 - Vertretung der Stadt, Zusammenarbeit mit Organisationen, Verbänden, Ver-  
1589 einen
- 1590 - Leitung, Zentrale Steuerung, Organisation der Verwaltung
- 1591 - Beschaffung von Einzelverbrauchsgütern inkl. Bedarfsprüfung
- 1592 - Personalangelegenheiten, Frauenbüro, Gleichstellung
- 1593 - Presse- und Informationsarbeit, Veröffentlichungen, Öffentlichkeitsarbeit ein-  
1594 schließlich Veranstaltungen, Partnerschaften, internationale und interkom-

- 1595           munale Beziehungen, Protokoll  
1596       - Datenverarbeitung, Kommunikationstechnologien, KDZ, Neue Medien  
1597       - Stadtforschung, Planungsgemeinschaft RheinhessenNahe, Zusammenarbeit  
1598           mit Nachbar-und Umlandgemeinden, Rhein-Main-Region  
1599       - Wahlen, Statistik  
1600       - Zusammenarbeit mit der Personalvertretung / Schwerbehindertenvertretung  
1601       - Rechnungsprüfung  
1602       - Rechtsangelegenheiten, Eigenversicherung, Schadensangelegenheiten,  
1603           Stadtrechtsausschuss, Schiedspersonen  
1604       - Einwohner- und Meldewesen, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangele-  
1605           genheiten  
1606       - Konversion, Zivile Verteidigung  
1607       - Personenstandswesen  
1608       - EU-Angelegenheiten  
1609       - Brandschutz (  
1610       - Kommunale Kriminalprävention  
1611       Vertreter/Vertreterin: Bürgermeister/Bürgermeisterin NN)

1612

### **Dezernat II – Finanzen, Beteiligung Sport**

1613       Bürgermeister /Bürgermeisterin NN

- 1614       - Haushalt, Finanzen, Beteiligungen  
1615       - Steuern, Abgaben, Stadtkasse  
1616       - Sport, Hallen- und Freibäder

1617       Vertreter: Oberbürgermeister Beutel

1618

### **Dezernat III – Stadtentwicklung, Liegenschaften, Wirtschaftsförderung, Vergabe**

1619       Beigeordneter Ringhoffer

- 1620       - Stadtentwicklung, Gewerbeansiedlung, Raumordnungsplanung, Investoren-  
1621           leitstelle  
1622       - Wirtschaftsförderung (einschließlich Medienwirtschaft)  
1623       - Liegenschaften  
1624       - Ordnungswesen (z. B. Gaststätten-, Waffen-, Versammlungs-, Lebensmittel-  
1625           gesetz, Untere Jagdbehörde)  
1626       - Kongresswesen, Bürgerhäuser  
1627       - Fremdenverkehr  
1628       - Vergabe von Leistungen und Lieferungen, Beschaffungen von Massen-  
1629           verbrauchsgütern inkl. E-Procurement  
1630       - Zivilschutz, Rettungsdienst  
1631       - Sondernutzung

1632

1635 - Geschäftsstelle „Gutachterausschuss“

1636 - Land-/Forstwirtschaft und Weinbau

1637 Vertreter: Beigeordneter Merkator

1638

#### 1639 **Dezernat IV -Kinder, Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule**

1640 Beigeordneter Merkator

1641 - Sozialhilfe, psychosoziale Beratungsdienste, besondere Hilfen, Betreuung  
1642 ausländischer Mitbürger und Sozialeinrichtungen, Grundsicherung

1643 - Behindertenhilfe, Werkstätten für Behinderte, Gleichstellung behinderter  
1644 Menschen

1645 - Altenpflege, Altentagesstätten, mobile Dienste

1646 - Altenheime, Stiftungen, Hospizienfonds

1647 - Allgemeiner Sozialdienst, Vormundschafts- und Familiengerichtshilfe für  
1648 Minderjährige

1649 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfen

1650 - Haus der Jugend, Jugendzentren, Kinderspielplätze

1651 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen / Tagespflege

1652 - Elterngeld, Familiengeld, Unterhaltsvorschuss, Schüler-/ Meisterbafög

1653 - Wohnungswesen, Wohnraumhilfen, Wohngeld, Mietpreisbehörde, Woh-  
1654 nungsförderung,

1655 - Sozialversicherung

1656 - Gesundheitswesen, Krankenhäuser

1657 - Schulen

1658 Vertreter: Dezernent Ringhoffer

1659

#### 1660 **Dezernat V – Umwelt, Grün, Energie und Verkehr**

1661 Beigeordneter Reichel

1662 - Umweltschutz, Umweltplanung, Untere Wasserbehörde, Untere Abfallbehör-  
1663 de

1664 - Landespflege, Landschaftsschutz, Naturschutz, Untere Landespflegebehör-  
1665 den

1666 - Entsorgung und Entwässerung

1667 - Tiefbau-, Erschließungs- und Ausbaubeiträge

1668 - Friedhofs- und Bestattungswesen

1669 - Grünanlagen, Naherholung

1670 - Energie

1671 - Verkehrsplanung, Verkehrstechnik, Straßenverkehrsbehörde, Kfz-  
1672 Zulassung, Fahrerlaubnisse, Verkehrsüberwachung

1673 - Beschilderungen und Markierungen

1674 Vertreter/in: Beigeordnete/r Dezernat VI

1675

1676 **Dezernat VI -Bau, Denkmalpflege und Kultur**

1677 Beigeordnete/r: NN

- 1678 - Stadtplanung
- 1679 - Vermessung
- 1680 - Bauaufsicht
- 1681 - Hochbau
- 1682 - Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
- 1683 - Stadtsanierung
- 1684 - Denkmalpflege
- 1685 - Zusammenarbeit mit Johannes-Gutenberg-Universität, Fachhochschulen
- 1686 - Kulturelle Angelegenheiten u. Einrichtungen
- 1687 - Stadtbibliothek, Öffentliche Bücherei
- 1688 - Peter-Cornelius-Konservatorium
- 1689 - Museen, Ausstellungen, Kulturprogramme
- 1690 - Stadtarchiv, Stadtgeschichte
- 1691 - Erwachsenenbildung, Volkshochschule
- 1692 - Staatstheater

1693 Vertreter: Beigeordneter Reichel

1694

1695 Für das Dezernat II und das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin sowie  
1696 für das mit dem Ausscheiden des jetzigen Amtsinhabers zu besetzende Dezer-  
1697 nat V erhält die Partei Bündnis 90/Die Grünen das Vorschlagsrecht für die Wahl  
1698 eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin sowie eines Beigeordneten/einer  
1699 Beigeordneten durch den Mainzer Stadtrat.

1700 Für das Dezernat VI erhält die Partei der SPD das Vorschlagsrecht für die Wahl  
1701 eines Beigeordneten/einer Beigeordneten durch den Mainzer Stadtrat.

1702 Die Parteien streben an, dass die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin  
1703 und die Wahl des Beigeordneten/der Beigeordneten für das Dezernat VI in der  
1704 Sitzung des Stadtrates am 10. Februar 2010 erfolgen.

1705 Im Falle des Ablaufs der Amtszeit oder des Ausscheidens eines von einem Ver-  
1706 treter/einer Vertreterin der Koalitionsparteien geführten Dezernats erhält die je-  
1707 weilige Partei des bisherigen Amtsinhabers/der bisherigen Amtsinhaberin das  
1708 Vorschlagsrecht für eine Neu- bzw. Wiederwahl durch den Mainzer Stadtrat.

1709 Neu zu besetzende Dezernate sollen ausgeschrieben werden.

1710

**Mut. Klarheit. Aufbruch. Neue Wege für Mainz – Koalitionsvereinbarung 2009**

1711 Mainz, den

1712

1713

1714 Unterschriften